

vor dem Gesetz, das Gott schon in die Herzen der Kinder geschrieben hat, ehe wir an ihre sittliche Ausbildung herangehen. Auf diese Klarheit legt der oberste Lehrer der Christenheit mit der größten Bestimmtheit den entscheidenden Wert (vgl. Herder-Korrespondenz 6. Jhg., S. 360 und 411 f.).

3. Damit aber die zarten Gewissen den Willen Christi auch bleibend in sich aufnehmen und in ihrem Leben entfalten können, trotz der furchtbaren Angriffe auf ihre Sinne von außen her, genügt es nicht, die Jugend erst spät oder selten dem eucharistischen Christus zuzuführen. Die Kinder müssen so frühzeitig wie möglich in das sakramentale Leben hineinwachsen und darin tiefe Wurzeln schlagen, die ihnen später die Standfestigkeit verleihen. Es wäre unkatholisch, von dieser Einsicht abzugehen: es gilt, sie erst recht anzuwenden. Denn auf die Predigt des Sittengesetzes allein können wir uns nicht verlassen. Wir müssen es dem Heiligen Geiste übergeben, durch die sakramentale Nahrung in den jugendlichen Seelen jenen übernatürlichen Habitus so wirksam auszubreiten, daß sie unbeirrbar glauben, lieben und bereuen können. Mehrung der Jugendmessen! Denn die Frühmessen sind unter der Woche für Jugendliche, die einen langen Schlaf und ein warmes Frühstück vor der Schule brauchen, oft nicht die Gelegenheit zur häufigen Kommunion. Etwas anderes ist freilich die Spendung der heiligen Firmung. Ob sie schon in einem vormündigen Alter zu jener unentbehrlichen reifen und persönlichen Grundentscheidung des Lebens führen kann, die gerade die angefochtene Jugend in dieser entfesselten Welt vollziehen muß, bedarf noch vielen Nachdenkens, zumal da die heute üblichen Voraussetzungen der menschlichen Umgebung die Verkennung und Verschluderung dieses Sakramentes fast gewiß machen.

4. Es wäre aber ein sträflicher Leichtsinn, wollten wir uns auf Sittenlehre und übernatürliche Gnadenhilfen verlassen, ohne ernsthafte und opfervolle Anstrengungen zu machen, daß das Leben der Erwachsenen dem jugendlichen Gemüt nicht als ein zwiespältiges Leben der Selbsttäuschung und einer Wahrheit mit doppeltem Boden erscheint, wenn wir also nicht viel entschlossener daran gehen, der Gleichberechtigung aller Werte, der guten und der gemeinen, im öffentlichen Leben einen glaubwürdigen Kampf anzusagen, einen Kampf, der wie jeder Krieg auch seine Verwundeten, Gefangenen und vielleicht sogar Toten kostet, auch wenn wir keine Gewalt gebrauchen. Unsere Gebetsbetrachtung im Augustheft hat diese Gedanken bereits angedeutet. Es bedarf hier einer Ergänzung: eine therapeutische Erfahrung lehrt, daß starke Gegenreize oft eine Krankheit heilen können. Ein wirksamer Gegenreiz gegen jugendliche Laster ist heute nicht mehr Strenge und Strafe, die angesichts der öffentlichen Zustände die Erziehungsberechtigten nur zu leicht als altmodisch erscheinen lassen, besonders wenn sie selber wenig vorbildlich oder anregend wirken. Dagegen ist ein solcher Reiz z. B. die Entfesselung eines sportlichen Ehrgeizes mit seinem eigenen Moralkodex der Enthaltung und Kameradschaft. Leider erfaßt er bei weitem nicht die Mehrheit unserer Jugend, und oft fehlt wohl auch die Brücke zwischen diesem Sittenkodex und der Lehre der Kirche.

5. Darum kommen wir ohne die Einwirkungen der eigentlich christlichen Gegenmittel nicht aus. Vielleicht wäre es nötig, die Pastoral noch stärker darauf abzustellen, auf die schwache, gefährdete und bereits erkrankte Jugend

durch die noch im lebendigen Gnadenleben Stehenden einzuwirken. Dazu gehört, daß man in den Begnadeten — womöglich mit Hilfe der Eltern — und ohne ein allzu verständliches jugendliches Selbstgefühl zu begünstigen, ein liebevolles Verantwortungsbewußtsein für die gefährdeten Mitschüler erweckt, das nun aber ja nicht aus der Solidarität der Kameradschaft ausbricht: der Helfer darf dem armen Sünder nicht lästig und lächerlich werden, denn eine mit dem Erlöserherzen Jesu mitwirkende Freundschaft zum Verirrten ist frei von pharisäischer Selbstgerechtigkeit. Hier sollte eine eigene Aszetik helfend eingreifen. Man kann jungen Menschen wohl nicht früh genug eine Last der Verantwortung für ihre Nächsten aufladen. Das stärkt mehr als alle Anstrengungen der Devotion ihr Gnadenleben und schafft inmitten der Jugend jene neuen Lebensfundamente, auf denen sich eine Gegenbewegung gegen den Verfall entwickeln kann, und wenn es nur gelingt, in den von der öffentlichen Seuche vergifteten Seelen gesunde Keime auszustreuen und starke Erinnerungen in sie zu pflanzen, an die eines Tages die Gnade anknüpfen kann.

6. Schließlich bleibt es den Erwachsenen vorbehalten, wo alle Mittel versagen, das geduldige Leiden zu versuchen, das sühnend und betend und ohne den Schein einer Duldung dem Irrenden das heilige Nein in einer so liebevollen Weise bekundet, daß er sich auf allen Abwegen begleitet und getragen weiß. Dieser Weg ist nicht unrealistisch. Der verlorene Sohn, der zunächst nicht zu halten ist, wird oft seinen Weg zum bitteren Ende gehen; aber dann wird sein Gewissen sich erinnern, und er wird umkehren, wenn ihn das Leiden des Vaters oder der Mutter beschämt und er hoffen darf, mit Freuden erwartet zu werden. Diese Haltung verlangt die volle Kraft des Opfers, mit dem wir zeigen, daß Jesus, der Gekreuzigte und Auferstandene, das Leben, das stärkere Leben ist, das allein den Lebenshunger der Jugend befriedigen kann. Der junge Mensch, der das glauben soll, muß es aber irgendwie erfahren. Er muß zu diesem Leben gleichsam „verführt“ werden. Unser Beten um eine strenge Gewissensbildung unter der Jugend wird also dieses einschließen: es möge uns geschenkt werden, das Leben der Kirche als einen überwältigenden Anreiz zur Nachfolge darzustellen und nicht die Schwachen und Kranken abzuschrecken.

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Der Katholizismus in Schleswig-Holstein Der lutherische Theologe Peter Meinholt, Professor für Kirchengeschichte an der Universität Kiel, hat in den „Schriften des Vereins für Schleswig-Holsteinische Kirchengeschichte“ eine bemerkenswerte Veröffentlichung vorgelegt: „Der Katholizismus in Schleswig-Holstein in den letzten hundert Jahren“ (Preetz 1954, 148 S.). Die aktuelle Zielsetzung dieser wissenschaftlichen und mit zahlreichen Quellen versehenen Untersuchung ist, der ungenügenden konfessionellen Polemik gegen das in der Tat beispiellose Vordringen des Katholizismus in diesem nördlichsten deutschen Lande eine bittere Wahrheit entgegenzustellen: daß nämlich die Gottgläubigen und Freidenker dort schon 1939 fast doppelt so stark waren wie die Katho-

liken, also 100 000 gegen nur etwa 59 000 Katholiken, und daß heute noch, trotz der Zuwanderung von rund 100 000 heimatvertriebenen Katholiken aus dem Osten die Freidenker die Zahl der Katholiken übertreffen. Insbesondere seien die Kirchaustritte aus der lutherischen Landeskirche seit 1948 emporgeschwellt. Diese Kirchaustrittsbewegung sei eine ernste Frage: „Sie wird aber überhört, wenn man sich vor dem vermeintlich rasenden Umsichgreifen des Katholizismus in Schleswig-Holstein glaubt schützen zu müssen, während in Wirklichkeit von dem Boden, auf dem man steht, immer mehr abbröckelt . . . Es stehen beide Kirchen vor ein und demselben Problem, und es ist höchste Zeit, daß sich ihm die Landeskirche mit allem Ernst zuwendet.“

Meinhold entgiftet wirksam das Gerede von der katholischen Gefahr durch eine ausführliche Darstellung, wie sich die katholische Kirche in Schleswig-Holstein seit 1854 zunächst mit kaum tausend verstreuten Seelen neben der intoleranten lutherischen Staatskirche hat mühsam behaupten müssen, damals nur mit drei Pfarrämtern in Glückstadt, Friedrichstadt und Lübeck vertreten. Erst nach der Übernahme beider Herzogtümer durch Preußen im Jahre 1866 erwirkte die traditionelle Kirchenpolitik Preußens den Katholiken die volle Gleichberechtigung. Gerade durch das z. T. aus Schlesien herbeigezogene preußische Beamten- und Militär, auch durch die neue militärisch bedingte Industrie in den Häfen stieg dann sehr allmählich die Zahl der Katholiken auf 53 000 im Jahre 1910, das sind 3,3 v. H. bei einer Gesamtbevölkerung von 1,6 Millionen, um nach dem verlorenen Weltkrieg mit der Entwaffnung Deutschlands, besonders seiner Marine, bald auf 41 000 zu sinken (2,7 v. H.), die erst 1939 wieder auf 58 000 anwachsen (3,8 v. H.) und dann 1946 durch die Heimatvertriebenen auf 176 000 (6,8 v. H.) emporschnellten. Inzwischen ist diese Zahl bis 1950 durch Abwanderung auf 154 857 (6 v. H.) gesunken. Unter der von Meinhold gerühmten Sorge des Bischofs Dr. Berning von Osnabrück, der 1930 die Apostolische Präfektur Schleswig seiner Diözese einverleibte, habe eine bewundernswerte pastorale Planung die schleswig-holsteinischen Dekanate auf 84 Pfarreien und gut verteilte Seelsorgsstellen mit 170 Geistlichen, darunter 21 Ordenspriestern, gebracht. Mit großer Sorgfalt wird über die Art berichtet, wie der katholische Klerus mit den schwierigen Diasporafragen fertig wurde, besonders mit der Mischehen- und der Schulfrage. Er habe dadurch wesentlich dazu beigetragen, daß die evangelische Bevölkerung wieder zur Kirchlichkeit erzogen wurde. Auch empfiehlt Meinhold, von der katholischen Missionsmethode zu lernen, die von der theologischen Konzeption des mystischen Leibes Christi ausgehe und durch Gründung von Kapellen, also vom Gottesdienst her, allmählich die Gemeinde sammelt und aufbaut und sie durch ein umfassendes Vereinswesen stützt.

Zur Frage der deutschen Schulreform Am 30. Juni und 1. Juli befaßte sich in Feldafing (Oberbayern) die ständige Konferenz der Kultusminister der Bundesrepublik mit der Frage der Vereinheitlichung des Schulwesens in Westdeutschland. Dem Auftrag entsprechend, der ihr Anfang Februar 1954 durch die Münchener Ministerpräsidentenkonferenz erteilt worden war, erarbeitete die Versammlung fünf Punkte, die sie den Regierungschefs der

Bundesländer als Empfehlung zugeleitet hat. In diesen Punkten wird gefordert:

1. Die Zahl der höheren Schultypen sind auf fünf zu begrenzen.
2. Die mittleren und höheren Schulen sind einheitlich zu bezeichnen.
3. Das Schuljahr soll in allen Bundesländern einheitlich zu Ostern beginnen und aufhören.
4. Die großen Ferien sind anstatt vom 30. 6. bis 5. 9. auf die Zeit vom 25. 6. bis 15. 9. zu verteilen.
5. Durch einheitliche Anerkennung des Reifezeugnisses soll der Schulwechsel sowenig wie möglich erschwert werden.

Die Konferenz befaßte sich ferner mit den Fragen der Schulgeld- und Lernmittelfreiheit, deren Einführung in allen Bundesländern begrüßt und empfohlen wird.

Kurz vor dem Zusammentreten der Kultusminister hatte der seit knapp einem Jahr bestehende „Deutsche Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen“ ein Gutachten vorgelegt, in dem die meisten Lösungen im Sinne des obengenannten Fünfpunkteprogrammes bereits weggenommen sind. Der „Deutsche Ausschuß“ betont jedoch in seinem Gutachten, daß die Schulreform nicht nur Mut, sondern vor allem auch Zeit benötige.

In dem Beschluß der Kultusministerkonferenz, die Zahl der Schultypen auf fünf zu begrenzen, wird von Lang- und von Kurzformen gesprochen. Die Kurzformen sollen als Aufbauschulen mit einem naturwissenschaftlichen und einem neusprachlichen Zweig nach dem 6. oder 7. Schuljahr beginnen und zur Hochschulreife führen. Die Langformen (Beginn: nach dem 4. oder 6. Schuljahr) sind dagegen dreigliedrig. Sie zerfallen in einen altsprachlichen, einen neusprachlichen und einen mathematisch-naturwissenschaftlichen Zweig. Im altsprachlichen Zweig soll grundsätzlich mit Latein als erster Fremdsprache begonnen werden, in den beiden anderen Zweigen ist Englisch die erste Fremdsprache. (Im 7. Schuljahr folgt im altsprachlichen Zweig eine moderne Fremdsprache, im 8. Griechisch; in den beiden anderen Zweigen Französisch oder Latein.)

Als einheitlichen Namen für alle höheren Schulen schlagen die Kultusminister die Bezeichnung „Gymnasium“ vor. Die mittlere Schulform (Gesamtdauer: 10 Jahre; allgemeine Pflichtsprache: Englisch) soll weiterhin „Mittelschule“ genannt werden. Die Klassenbezeichnungen werden für die höheren Schulen einheitlich nach dem Schuljahr benannt, also 1. bis 13. Schuljahr.

Die neue Ferienordnung soll berücksichtigen, daß die Familienmitglieder die christlichen Feste gemeinsam feiern können. Die Gesamtdauer der Ferien wird 85 Tage betragen. Das Schuljahr beginnt und endet zur Zeit bereits einheitlich in den Bundesländern mit Ostern — abgesehen von Bayern, wo auf Grund eines Landtagsbeschlusses das Schuljahr im Herbst beginnt.

Schulgeldfreiheit

Nach den Vorschlägen des Schulausschusses soll grundsätzlich in allen Ländern Schulgeld- und Lernmittelfreiheit eingeführt werden. Die Meinung der Länder, die sich bisher dieser Neuerung widersetzt haben: Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz, ist in dieser Frage nicht einheitlich. Während in Niedersachsen verantwortliche Regierungskreise zum mindesten die Ein-

führung der Schulgeldfreiheit als sozial notwendig ansehen, vertritt Nordrhein-Westfalen die Ansicht, daß die Behebung der Schulraumnot vordringlicher sei. Auch Bayern, das die Schulgeld- und Lernmittelfreiheit bereits verwirklicht hat, wies in Feldafing darauf hin, daß ihm jährlich diese Freiheiten 10 Schulbauten zu je 2,5 Millionen DM kosten.

Eine kirchliche Stellungnahme

Zu den Ergebnissen der Feldafinger Konferenz hat jetzt der Generalvikar des Bistums Münster, Johannes Pohl-schneider, Stellung genommen (in: „Rheinischer Merkur“ vom 23. 7., und in: „Echo der Zeit“ vom 25. 7.). Pohl-schneider begrüßt die „dringend erwünschte“ Vereinheitlichung des Schulwesens in organisatorischer Hinsicht, macht aber zugleich nachdrücklich auf die Gefahren einer allgemeinen Schulgeld- und Lernmittelfreiheit aufmerksam, die einer weiteren Verstaatlichung des Schulwesens Vorschub leisten.

„Es ist bezeichnend, daß gerade die sozialistisch regierten bzw. unter starkem sozialistischem Einfluß stehenden Länder die Schulgeldfreiheit entweder am schnellsten eingeführt haben oder doch wenigstens am heftigsten anstreben. Zum Teil sind es, nebenbei bemerkt, besonders die finanzschwachen Länder, die sich diesen Aufwand leisten, obwohl sie zur Überwindung ihrer finanziellen Nöte die wirtschaftliche Hilfe der besser situierten Länder in Anspruch nehmen.

Im März d. J. hat die SPD im Nordrhein-Westfälischen Landtag einen Gesetzentwurf eingebracht, der auch für das Land Nordrhein-Westfalen unter Berufung auf Artikel 9 und Artikel 10 der Landesverfassung Schulgeldfreiheit und Unterhaltsbeihilfen an den öffentlichen Schulen, Hochschulen und privaten anerkannten Ersatzschulen fordert. Ein ähnlicher Antrag liegt zur Zeit dem Niedersächsischen Landtag vor . . .

Zur Begründung der Forderung nach allgemeiner Schulgeldfreiheit werden gewöhnlich soziale Gesichtspunkte geltend gemacht. Man will, wie man sagt, auch Kindern minderbemittelter Familien eine höhere Bildung und den Aufstieg in gehobene Berufe ermöglichen. Das ist gewiß eine gute und anerkennenswerte Absicht. Aber dieses Ziel wird u. E. eher und besser durch eine nachdrückliche Begabtenförderung erreicht als durch eine allgemeine und unterschiedslose Schulgeldfreiheit; denn schließlich ist unserem Volke ja nicht mit einer schrankenlosen Ausweitung und einer damit zwangsläufigen verbundenen Nivellierung des höheren Schulwesens gedient, sondern der Zweck der eigentlichen höheren Schulen muß die Heranbildung einer auserlesenen und echten geistigen Führungsschicht bleiben bzw. wieder werden.

In den Fällen aber, in denen für Kinder mit überdurchschnittlicher Begabung die wirtschaftlichen Mittel fehlen, genügt im allgemeinen auch die Schulgeldbefreiung nicht, wie der Verein der katholischen deutschen Lehrerinnen in einer ausführlichen Denkschrift feststellt . . . Vielmehr müßten in solchen Fällen Erziehungsbeihilfen gewährt werden, die den erhöhten Lebenshaltungskosten entsprechen und die wirtschaftliche Existenz der betreffenden Familien gewährleisten. Daß hierbei besonders die kinderreichen Familien zu berücksichtigen sind, bedarf keiner besonderen Erwähnung. Jedenfalls scheint es uns keineswegs eine Forderung einer gesunden sozialen Ordnung zu sein, wenn man verlangt, daß ganz generell alle

Familien, also auch die wirtschaftlich gut situierten, ohne weiteres von der Aufbringung des Schulgeldes für ihre die höhere Schule besuchenden Kinder befreit werden und daß statt der Eltern der Staat durch Erhebung entsprechender Steuern die Sorge auch für diesen Bereich der Jugend-erziehung und -bildung übernimmt. Wir können darin nur ein neues Symptom jener gefährlichen und scheinbar unaufhaltsam fortschreitenden Entwicklung unserer Zeit sehen, die alle Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens, und zwar auch die kulturellen, immer mehr der ständig wachsenden Macht des Staates auszuliefern droht.“

Das Ende der Privatschulen?

Pohl-schneider sieht ferner in der Einführung der allgemeinen Schulgeldfreiheit eine Gefahr für das Privatschulwesen. „Die relativ wenigen noch bestehenden Privatschulen sind beinahe das letzte schwache Bollwerk, von dem aus wenigstens noch ein symbolhafter Kampf um die Freiheit der schulischen Erziehung gegenüber dem fast lückenlosen staatlichen Schulmonopol geführt wird. Zwar könnte der Ausfall an Einnahmen, der den Privatschulen durch die Einführung der Schulgeldfreiheit erwachsen würde, durch entsprechende staatliche Zuschüsse ausgeglichen werden. Aber wir wissen, daß — von ein paar Bundesländern abgesehen — die Privatschulen im allgemeinen von seiten des Staates eine absolut stiefmütterliche Behandlung erfahren und, da man ihnen meistens keinen gesetzlichen Anspruch auf finanzielle Unterstützung aus öffentlichen Mitteln gibt, verzweifelt um ihre wirtschaftliche Existenz ringen müssen.“

Gefahren der Lernmittelfreiheit

Entsprechendes, „ja zum Teil in verstärktem Maße“, gilt nach Pohl-schneider für die Einführung der Lernmittelfreiheit. „Die dafür vom sozialen Standpunkt geltend gemachten Gründe sind so lange nicht stichhaltig, als man einer ganz allgemeinen Lernmittelfreiheit für die gesamte Jugend, also auch für die Kinder der wirtschaftlich absolut leistungsfähigen Familien, das Wort redet. Auch hier sollte man den wirtschaftlich Schwachen helfen, nicht aber denen, die der Hilfe nicht bedürfen und sie vielleicht nicht einmal wünschen. Die Verlagerung der wirtschaftlichen Verantwortung von der Familie auf den Staat ist ein weiterer Schritt zum Kollektiv und damit zur Abhängigkeit und Unfreiheit des Einzelnen gegenüber dem Staat.“ Außerdem sei die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, auf die der „Deutsche Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen“ in seinem Gutachten hinweist, daß die Lernmittelfreiheit „zu einer Normierung der Schulbücher und zu einer Monopolisierung ihrer Herstellung führen kann“. Mit den Verfassern dieses Gutachtens und auch denen der Denkschrift des Vereins katholischer deutscher Lehrerinnen hat Pohl-schneider vom volkerzieherischen Standpunkt stärkste Bedenken gegen die Lernmittelfreiheit. „Denn auf Grund allgemeiner menschlicher Erfahrung liegt es auf der Hand, daß die den Kindern ohne Unterschied kostenlos überlassenen Schulbücher und sonstigen Lernmittel nicht so geachtet und geschont werden, als wenn sie mit dem von der Familie verdienten Geld erworben werden müssen.“

Pohl-schneider stellt abschließend fest, daß die verantwortlichen Politiker und Vertreter der Schulen bei der Einführung dieser Freiheiten sich sicher von edlen, sozialen

Motiven haben leiten lassen. „Aber sie haben das Problem in seiner Breite und Tiefe und in seinen Konsequenzen offenbar bisher nicht hinreichend durchdacht; denn sonst müßten sie erkennen, daß einerseits das erstrebte Ziel durch die vorgeschlagene gesetzliche Regelung nicht erreicht werden kann und daß andererseits einer Kulturpolitik die Wege bereitet werden, die fundamentalste Gesetze einer gesunden menschlichen und volklichen Entwicklung unberücksichtigt läßt und die kulturelle Freiheit des einzelnen immer mehr den nivellierenden Tendenzen des Kollektivs ausliefert.“ Angesichts dieser Tendenzen erinnert der Generalvikar an die Denkschrift der deutschen Bischöfe über „Aufgaben und Grenzen der Staatsgewalt“ (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 176). Die dort ausgesprochene Warnung an den Staat, der seine Macht ohne Rücksicht auf das Subsidiaritätsprinzip auf immer weitere Gebiete ausdehnt und dadurch auf einen Kollektivismus hinarbeitet, der alle freie Entfaltung des menschlichen Lebens drosselt und zum Erliegen bringt, habe besondere Geltung gerade im Schulwesen als einem Bereich der kulturellen Freiheit, der heute bereits weitgehend untergraben ist.

Wer finanziert die kulturelle Freiheit?

Pohlschneider kommt in diesem Zusammenhang auch auf eine Abhandlung zu sprechen, die Hellmut Becker, der Sohn des früheren preußischen Kultusministers, über die besondere Problematik der kulturellen Freiheit in der westdeutschen Demokratie in der Zeitschrift „Merkur“ (3. Jhg., 1953, S. 1164—1177) veröffentlicht hat. In diesem Beitrag stellt Becker die Frage, ob eine nur rechtliche Sicherung der kulturellen Freiheit wie sie das Bonner Grundgesetz und andere westliche Verfassungen vorsehen, ausreicht, „um das Abgleiten unserer Kultur in eine totalitär geartete zu verhindern“. Wohl sichere das Grundgesetz die Freiheit von Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre, auch die freie Errichtung von Schulen, „wenn auch in den Grenzen einer staatlichen Schulaufsicht, die aber ihrerseits genau limitiert ist“. Es besteht jedoch immer die Gefahr, „daß solche Freiheiten nur auf dem Papier stehen; wenn dem aber so wäre, könnte man sich mit Recht fragen, worin wir uns noch von der östlichen Welt unterscheiden, in der diese Freiheiten nur mehr deklaratorische Bedeutung haben und faktisch nichts mehr bedeuten“.

Becker unterscheidet zwei Seiten, die die kulturelle Freiheit gefährden: den mangelnden Willen des modernen Menschen zur Freiheit, also eine Gefährdung der Freiheit von innen her, und eine Gefährdung vom Praktisch-Wirtschaftlichen her, von der selten gesprochen wird. „Es ist nicht übertrieben, zu sagen, daß wir im Begriff stehen, die kulturelle Freiheit durch die Konzentration aller Finanzkraft beim Staat auf kaltem Wege zu zerstören, wenn wir nicht anfangen, unser politisches und verwaltungsrechtliches Denken umzugestalten und Formen zu entwickeln, die trotz der Finanzallmacht des Staates die Freiheit der Kultur ermöglichen.“

Becker belegt diese These an Hand der geschichtlichen Entwicklung im Theaterleben, in der Forschung und im Schulwesen, wobei er auf den früher bedeutenden Einfluß des freien Geldes, des Mäzenatentums hinweist. Da die Möglichkeiten privater Finanzierung der kulturellen Freiheit in unserem Jahrhundert endgültig zu Ende gegangen sind und der Staat weithin diese Aufgabe über-

nommen hat, stellt sich die Frage, welche Voraussetzungen zu treffen sind, damit staatliche Finanzierung, die häufig Sacheinfluß bedeutet, die kulturelle Freiheit gewährleistet.

Die Subventionspflicht des Staates

Becker zeigt das u. a. auf dem Gebiet des Privatschulwesens. Schon bei den Vorarbeiten der Weimarer Verfassung schrieb der heutige Berater der Bundesregierung Erich Kaufmann: „So ist der Grundsatz der öffentlichen Zuschußpflicht erst die letzte Krönung und eigentliche Vollendung sowohl der Unterrichtsfreiheit wie der Glaubens- und Gewissensfreiheit.“ Besonders früh sei in Holland und Belgien der Grundsatz entwickelt worden, daß das Recht der Eltern auf freie Wahl der Schule nur dann realisierbar sei, wenn eine Pflicht des Staates auf gleichmäßige Subventionierung freier und öffentlicher Schulen besteht. „In Deutschland hat das Grundgesetz das Recht der Errichtung privater Schulen garantiert, gleichzeitig aber diese Garantie davon abhängig gemacht, daß diese Schulen keine Sonderung nach den Besitzverhältnissen der Eltern fordern. Da die meisten deutschen Länder inzwischen dazu übergegangen sind, die Schulgeldfreiheit einzuführen, enthüllt sich diese Grundgesetzbestimmung immer deutlicher als eine *lex imperfecta*. Der Diskrepanz zwischen der Garantie der Privatschule im Grundgesetz und der wirtschaftlichen Unmöglichkeit, private Schulen ohne Sonderung nach den Besitzverhältnissen der Eltern zu finanzieren, kann nur noch durch staatliche Subventionspflicht abgeholfen werden.“

Von den einzelnen Bundesländern kennt bisher nur Nordrhein-Westfalen eine in Verfassung und Schulgesetz verankerte Subventionspflicht; daneben Hessen, „wenn auch mit gewissen Kautelen“. Praktisch durchgeführt wird sie von der Mehrzahl der Länder, ohne daß, wie gesagt, diese Subventionen rechtlich gesichert sind.

Nach Becker kommt nun alles darauf an, daß — wie die Privatschulen, die ursprünglich eine staatliche Subventionierung aus Furcht vor staatlichen Kontrollen und Eingriffen ablehnten — „auch der Staat umdenken lernt“. „Die Vorstellung, daß der Staat mit ‚seinem‘ Geld ‚seiner‘ Schule unterhält, ist noch sehr viel stärker als der Gedanke, der Steuerzahler habe das Recht, zu verlangen, daß die von ihm gezahlten Steuern für die von ihm gewünschten Zwecke ausgegeben werden.“ „Der Staat leistet seine Hilfe vielfach noch mit der Geste, ein Gnadenbrot zu gewähren; er muß lernen, daß die Freiheit das Lebensklima der Demokratie ist und daß diese Freiheit im sozialen Staat und im Steuerstaat nur erhalten bleibt, wenn er wirtschaftlich sichert, was rechtlich garantiert ist.“

Da nach Becker die Freiheit von „Bildung und Besitz“ endgültig vorbei ist, müssen dem heutigen Menschen neue Möglichkeiten eröffnet werden, damit er geistige Entscheidungen in Freiheit vollziehen kann. Der Staat kann und darf hierbei nur Hilfestellung leisten. Sobald er beginnt, Erziehung, Wissenschaft und Kunst nach seinen Vorstellungen zu bestimmen, „beginnt die Herrschaft der Funktionäre; es kommt dann nicht mehr darauf an, ob diese Funktionäre nationalistisches, bolschewistisches oder demokratisches Gedankengut durchsetzen wollen. Die Herrschaft der Funktionäre jeder Prägung über die Bereiche des Geistigen und des Menschlichen führt automatisch zur Unmenschlichkeit, gegen die die Freiheit letzten Endes unsere einzige Waffe ist.“

Die Kirchenpresse in Deutschland

Das im Juli erschienene neue Handbuch der deutschen Presse („Die deutsche Presse 1954“, Verlag Duncker und Humblot, Berlin), das vom „Institut für Publizistik an der Freien Universität Berlin“ unter der Leitung von Professor Emil Dovifat zusammengestellt wurde, veröffentlicht auch über die kirchliche Presse in Deutschland aufschlußreiche Zahlen. Danach beläuft sich die Auflage der Zeitschriften der Kirchen und Religionsgemeinschaften in Westdeutschland auf 12,8 Millionen. Sie steht unmittelbar hinter den Illustrierten und Unterhaltungszeitschriften, deren Auflagenhöhe 13,4 Millionen beträgt, an zweiter Stelle.

Nach Anzahl der Publikationen hält die Zeitschriftengruppe der Industrie und Technik mit 649 den ersten, die Zeitschriften der Firmen mit 604 den zweiten und die Zeitschriften der Kirchen mit 524 den dritten Platz. Von den Kirchenzeitungen sind 263 Organe der evangelischen Kirche (Auflage: 4,4 Millionen) und 198 Organe der katholischen Kirche (Auflage: 7,4 Millionen). Da in beiden Fällen lediglich 78 Prozent der Zeitungen ihre Auflagenhöhe angaben, erhöht sich die tatsächliche Auflage beider Gruppen um annähernd 20 Prozent. Dazu kommen die 19 Kirchenzeitungen der Sowjetzone mit einer (geschätzten) Auflage von 0,5 Millionen. Die Mindestauflage der gesamtdeutschen Kirchenpresse dürfte demnach 13,5 Millionen erreichen.

Die stetige Aufwärtsentwicklung der kirchlichen Presse in Deutschland wird aus einigen Vergleichszahlen ersichtlich. 1929 betrug die Auflage der 614 Kirchenblätter aller Bekenntnisse 10,4 Millionen (die Zahlen beziehen sich auf das alte Reichsgebiet). 1939 war der Bestand der kirchlichen Zeitschriften auf 442 Publikationen mit einer Auflage von 4,8 Millionen abgesunken. 1947 betrug er 87 Organe mit 2,4 Millionen Auflage, 1949 208 Organe mit einer Auflage von 6,8 Millionen. Erst in den letzten drei Jahren nahmen Umfang und Auflage rasch zu, wobei bemerkenswert ist, daß die Auflagenhöhe der katholischen Kirchenpresse jetzt um 35 Prozent höher ist als 1929, während die evangelische Kirchenpresse den alten Stand von 1929 wieder erreicht hat.

Tageszeitungen und Zeitschriften

Demgegenüber sind die Zahlen der konfessionellen Tageszeitungen auffallend niedrig. Von den 1403 Tageszeitungen in der Bundesrepublik (mit einer Gesamtauflage von 16 Millionen) bezeichnen sich nur 16 ausdrücklich als katholisch. Gemeinsam mit den 70 Tageszeitungen der CDU und weiteren 92, die sich christlich nennen, stehen sie dem Block der 683 sogenannten „überparteilich-unabhängigen“ Blätter und den 192 Heimatzeitungen gegenüber. Die Auflagenhöhe beträgt für die CDU-Presse 4,3 Prozent, für die christliche Presse 7, für die katholische 2, während die der „neutralen Heimatzeitungen“ 5,9 und die der „überparteilich-unabhängigen“ Blätter 61,8 Prozent ausmacht.

Die Zahl der in der Bundesrepublik vertriebenen Zeitschriften erreicht fast 5000 (4934). Ihre Auflage beträgt 90 Millionen.

Bischof Charrière

Anlässlich des Eidgenössischen Schützenüber soziale Fragen festes in Lausanne hielt der Bischof von Lausanne, Genf und Freiburg, François Charrière, am 18. Juli vor den katholischen Teilnehmern die Festpre-

digt, in der er auf das Recht zur Landesverteidigung und seine Voraussetzungen hinwies. Der rechtmäßige Wehrwille entspreche dem Grundsatz der rechtmäßigen Verteidigung. Die Heilige Schrift verbiete diese nirgends. Der katholische Christ könne daher denjenigen, die diese Grundwahrheiten nicht verstünden, nicht recht geben; er sei verpflichtet, sie daran zu hindern, Schaden zu stiften. Bischof Charrière kam dann auf die Voraussetzungen der Wehrbereitschaft zu sprechen. Er sagte: „Wesentliche Voraussetzung zur Erfüllung dieser Pflicht ist die Vaterlandsliebe. Wir müssen in tiefstem Herzen fühlen können, daß die Heimat wirklich uns gehört. Wie wir es schon so oft getan haben, erlauben wir uns deshalb, unser Volk zu ermahnen, die Behörden in ihren gegenwärtigen und zukünftigen Bemühungen, die darauf ausgehen, unser Schweizerhaus für alle immer wohnlicher und heimeliger zu gestalten, einmütig zu unterstützen.“

Jeder Schweizer soll sich bei uns wirklich daheim und glücklich fühlen, jeder soll die feste Zuversicht haben können, daß er gegen die größten Schwierigkeiten geschützt ist. Wir sind dem Ausland zu Hilfe gekommen. Aber auch in unserem eigenen Land sollen wir ein offenes Auge für die Not und die Bedürfnisse unserer Mitbürger haben und ihnen durch persönlichen Einsatz, aber auch durch Schaffung der notwendigen sozialen Einrichtungen und Einführung einer entsprechenden Gesetzgebung, wirksam zu Hilfe kommen.

Ein bedeutender Teil unserer Mitbürger, heutzutage auf dem Lande noch mehr als in der Stadt, entbehrt, was von vielen als zum Leben notwendig erachtet wird. Ernstlich durchgeführte Erhebungen haben diese bedauerliche Tatsache erwiesen. Wir dürfen nicht rasten, solange wir nicht im Bewußtsein haben, allen leidenden Mitmenschen in der Heimat und im Ausland alles verschafft zu haben, was in unserer Macht steht.

Im besonderen soll der Familienschutz besser ausgebaut werden. Wenn die Familie das verlangt, heischt sie kein Almosen, sondern nur das ihr zukommende Recht, sich frei und geachtet entfalten zu können. Die allgemeine Einführung der Familienzulagen ist ein Erfordernis der Gerechtigkeit.

Denn es ist unzulässig, daß ein arbeitsamer und sparsamer Familienvater sich zum Betteln gezwungen sieht, um seine Kinder erhalten zu können. Die Päpste haben mit Nachdruck dieses Recht des Familienvaters auf eine für ihn und die Seinen genügende Entlohnung betont. Wir dürfen uns jedoch nicht damit begnügen, diese Grundwahrheit einfach zu bejahen, ohne zu sagen, wer für diesen Lohn aufzukommen hat. Ein solches Verhalten käme der Ausstellung eines auf einen unbekanntem Gläubiger lautenden Wechsels gleich, den man dem Familienvater in die Hand drückt. Wer anders hat dem Familienvater den Lohn, womit er seine Familie erhalten kann, zu sichern als der, welcher von der Familie seinen Nutzen zieht? Unzweifelhaft kommt diese Pflicht in erster Linie der Berufs- oder Standesorganisation zu, in der der Familienvater beschäftigt ist, aber auch der Gesamtheit der Berufsorganisationen, da ja kinderreiche Familien Arbeitskräfte für verschiedene Berufszweige bereitstellen. Die Verallgemeinerung der Familienzulagen in unserem Land muß unser ernstliches Vorhaben sein, wenn wir wollen, daß unser Land wirklich für alle und besonders für die Familie uns die Heimat sei...“

Zum Schluß rief der Bischof alle Schweizer auf, die Achtung vor den Rechten Gottes zu bewahren. „Heutzutage müssen wir darum immer mehr fürchten. Für viele unserer Zeitgenossen ist heute Gott nichts anderes mehr als irgendeine Art von interplanetarem Staatspräsidenten, der ein paar Milliarden Lichtjahre von uns entfernt ist und um den man sich schwerlich zu kümmern braucht. Hand in Hand damit geht die Verflüchtigung der rechten Auffassung von der Sünde. Man sieht bald überhaupt nirgends mehr etwas Schlechtes. Und so taucht eine ganz eigenartige Form von Unschuld auf: man wird unfähig, zwischen Gut und Böses zu unterscheiden, und daher kann man sich eigentlich auch alles erlauben. Wer einmal so weit ist, hat keinen Innenbereich mehr. Man kann dann nur noch etwas mit Zwang erlangen . . .“

Aus Süd- und Westeuropa

Theresia von Lisieux Zur Einweihung der wiederaufgebauten Kathedrale von Lisieux sprach Papst Pius XII. am 11. Juli 1954 über den Rundfunk von der dreifachen Botschaft der Kleinen heiligen Theresia an die heutige Welt: von der Botschaft der Demut, des Gottvertrauens und der Liebe.

„Während die Völker und die sozialen Klassen sich um der wirtschaftlichen oder politischen Vorherrschaft willen mißtrauen und bekämpfen, erscheint Theresia vom Kinde Jesu mit leeren Händen: Glück, Ehre, Einfluß, irdischer Erfolg, dies alles zieht sie nicht an, nichts davon behält sie, nur Gott allein und sein Reich . . . Nachdem sie schweigend und verborgen gelebt hat, spricht sie heute und wendet sich an die ganze Menschheit, an Reich und Arm, an die Großen und an die Gedeimühten. Mit Christus spricht sie zu ihnen: ‚Tretet ein durch die enge Pforte . . .‘ (Matth. 7, 13). Die Pforte, wirklich eng, aber doch allen zugänglich, ist die der Demut.“

Viele, so fuhr der Papst fort, werden es schwierig finden, die Demut zu üben. Aber auch Theresia vertraute nicht auf eigene Kraft und Tugend, nur in einem unglaublichen Maß auf Gott. Sie schrieb: „Nicht deshalb, weil ich vor der Todsünde bewahrt worden bin, erhebe ich mich mit Vertrauen und Liebe zu Gott. Ach, ich fühle es, selbst wenn ich das Bewußtsein hätte, alle Verbrechen begangen zu haben, die man begehen kann, würde ich nichts von meinem Vertrauen verlieren. Gebrochen vor Reue würde ich hingehen und mich in die Arme meines Heilandes werfen! Denn ich weiß, was ich von seiner Liebe und Barmherzigkeit zu halten habe.“ „Man muß dem Worte der heiligen Theresia vertrauen, wenn sie den Elendesten wie den Vollkommensten einlädt, vor Gott nichts anderes geltend zu machen als die radikale Schwäche und geistliche Armut der sündigen Kreatur.“

„Heilige Theresia“, schloß der Papst, „streue die Rosen aus deinen Händen über die Menschen: die Rose der Demut, daß sie ihren Stolz beugen und das Joch des Evangeliums auf sich nehmen, die Rose des Vertrauens, daß sie sich dem Willen Gottes überlassen und in seiner Barmherzigkeit ausruhen, endlich die Rose der Liebe, daß sie sich ohne Maß der Gnade öffnen und zu dem einzigen Ziel gelangen, für das Gott sie geschaffen hat, nach seinem Ebenbilde: ihn zu lieben und von ihm geliebt zu werden.“

Das sittliche Verhalten der weiblichen Jugend Papst Pius XII. richtete am 17. Juli 1954 im Petersdom an den Weltkongreß der „Töchter der unbefleckten Jungfrau Maria“ eine Ansprache, worin er besonders die sittlichen Pflichten der jungen Mädchen hervorhob. In der Ansprache sagte der Heilige Vater:

„Ihr kennt sehr wohl die Punkte, in denen die christliche Moral von der Jugend eine großmütige Anstrengung und eine entschiedene Haltung verlangt: es sind das vor allem das Benehmen, dann die Gespräche, die Lektüre, die Schauspiele, die Beziehungen. Wie viele junge Mädchen glauben nichts Böses zu tun, wenn sie gewisse schamlose Moden mitmachen. Sicherlich würden sie erröten, wenn sie eine Vorstellung von dem Eindruck und den Gefühlen derjenigen hätten, die sie anschauen. Sehen sie das Unrecht nicht, das durch manche Ausschreitungen in Turn- und Sportübungen verursacht wird, die sich für tugendhafte junge Mädchen nicht schicken? Wie viele Sünden werden begangen oder hervorgerufen durch allzu freie Gespräche, durch unanständige Schauspiele, durch gefährliche Lektüre. Wie sind die Gewissen lax geworden und die Sitten heidnisch!

Die Mehrzahl von euch, liebe Marienkinder, sieht ihre Bestimmung in der Ehe. Bemüht euch bei euren Versammlungen, unter der klugen Führung erfahrener Berater, im Lichte eurer zukünftigen Verantwortung zu erkennen, welches euer Verhalten in der Gegenwart sein muß und wie man sich in würdiger Weise auf die hohe Aufgabe einer Familienmutter vorbereitet. Wie werdet ihr vor Gott die Seele eurer Kinder verantworten können, wenn ihr nicht schon jetzt euch selbst die Zurückhaltung und die Selbstzucht aufzuerlegen versteht, ohne die es unmöglich wird, die Gebote Gottes zu beobachten und die Pflichten eines Erziehers zu erfüllen.

Und wenn die Gnade Gottes euch zu einem Leben der Vollkommenheit einlädt, dann habt Furcht davor, daß ihr gegenüber seinem Ruf taub bleiben und euch eines so großen Geschenkes unwürdig machen könntet durch Nachlässigkeiten und schuldhaftige Sinnlichkeit.“

Msgr. Montini an die Soziale Woche Spaniens Vom 5.—11. Juli fand in Burgos die 14. Soziale Woche Spaniens statt. Sie stand unter dem Thema: „Die Wohnungsnot“. Aus diesem Anlaß richtete Msgr. Montini im Auftrage des Hl. Vaters einen Brief an den Bischof von Córdoba und Präsidenten der spanischen Sozialen Wochen, Msgr. Albino González y Menéndez-Reigada, in dem u. a. Mittel und Wege zur Überwindung der Wohnungskrise angeführt werden.

Einleitend weist Msgr. Montini in dieser Botschaft auf die wechselseitige Abhängigkeit der wirtschaftlichen und moralischen Faktoren in den Fragen von Familie und Wohnung hin. Als Gründe, die für die gegenwärtige internationale Wohnungsnot verantwortlich zu machen sind, nennt er die wachsende Zunahme der Bevölkerung, die Zusammenballung der Menschenmassen in Industrie- und Großstädten, ferner wirtschaftliche Schwierigkeiten, die sich aus den ständig steigenden Kosten und aus der häufig mangelnden Rentabilität des Wohnungsbaues ergeben sowie die Steuerpolitik und die Auswirkungen des Krieges.

Zur Frage, wie dem Mißstand abzuhelpen sei, heißt es

dann in der Botschaft: „Vor allem muß man sich angesichts dieses drängenden und unübersehbaren Problems darüber im klaren sein, daß hier eine Anstrengung aller unumgänglich notwendig ist. Niemand darf sich davon abhalten lassen, das zu tun, was in seinem Machtbereich steht, um diese Not ein wenig zu erleichtern . . .“

„Die Ausmaße des Übels, die zu überwinden sind, sind derart, daß die Gemeinschaft der Bürger sie nicht allein bewältigen kann. Sie muß sich auch an den Staat wenden, ohne dabei zu vergessen, daß ,der Staat, auch in den Fragen des Wohnungsbaues, die Privatinitiative soweit als möglich begünstigen, ihr jedenfalls nicht entgegenarbeiten soll‘ (Pius XII. in seiner Ansprache vom 21. November 1953).

Ein Mittel, das zur ersehnten Lösung dieses Problems beitragen könnte, besteht in einer Abänderung der Steuergesetzgebung, die, wohlwollender gegen städtischen Besitz, darauf bedacht sein sollte, die begründeten Rechte des Eigentümers sicherzustellen, ein Schutz, der nicht allein als Ansporn zum Bauen dienen sollte. Daneben sind von höchstem Interesse Herstellung und wohlfeiler Preis — direkt oder indirekt — der Baumaterialien, wobei auch Spekulationen mit Baugrundstücken zu meiden sind . . . ,Die zuständigen Verantwortlichen können ohne Zweifel eine direkte oder indirekte Erhöhung des Wertes der Baugrundstücke nicht verhindern, wenn diese allein mit Entwicklungsmöglichkeiten, die durch örtliche Umstände bedingt sind, begründet werden. Die soziale Funktion des Eigentums fordert jedoch, daß die Aussicht auf mögliche Gewinne trotz angemessenen Gegenleistungen und gerechten Preisangeboten nicht eine so wesentliche Notwendigkeit wie den Wohnungsbau behindert‘ (Pius XII. in seiner Ansprache vom 21. November 1953).

Der Staat kann aber auch im positiven Sinne helfen, und zwar — sein Verdienst wäre in dieser Hinsicht groß — durch finanzielle Zuschüsse sowohl für Einzelne wie für Baugemeinschaften. Die Zuschüsse müssen gerecht verteilt werden, leicht anzuwenden sein, mit der Maßgabe, daß die eigenen Gelder mitverbaut werden. Dadurch können die Mieten niedrig gehalten und Möglichkeiten der Eigentumbildung für ärmere Familien entwickelt werden . . .“ Msgr. Montini würdigt in diesem Zusammenhang die außerordentlichen Verdienste besonders der Baugemeinschaften, die sich die Überwindung der Wohnungsnot bei den minderbemittelten Bevölkerungsschichten zum Ziel gesetzt haben.

Man dürfe jedoch auch nicht die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Unternehmen außer acht lassen. „Man sollte“, so erklärt Msgr. Montini, „den Betrieb immer stärker davon überzeugen, daß er eine Familie ist, wo alle, unbeschadet der Rechte und Pflichten eines jeden einzelnen, mit vereinter Kraft zum Wohlergehen des Ganzen zusammenarbeiten. Es besteht kein Zweifel darüber, daß das Interesse des Arbeiters an seinem Betrieb in einem bestimmten Verhältnis zu den sozialen Maßnahmen stehen muß, die dieser dem Arbeiter schuldig ist. Unter diesen ist nichts so wichtig wie die Vorsorge für ein Heim, in dem jeder von der täglichen Arbeit sich inmitten seiner Familie erholen kann . . .“

Die Schwierigkeiten, die der Verwirklichung dieser Pläne im Wege stehen, seien freilich nicht gering. Sie liegen, so betont Msgr. Montini abschließend, vor allem in der Mechanisierung des Lebens, die der Liebe zu Heim und Familie abträglich ist.

Die Laientheologie In der Rede Papst Pius' XII. vom 31. Mai 1954 über das Lehramt der Bischöfe erregte eine Stelle besonderes Aufsehen, an der der Heilige Vater Vorbehalte gegenüber der „Laientheologie“ aussprach. Zwar zeigte der dieser Stelle vorausgehende Abschnitt der Rede ganz klar, daß nicht etwa jede theologische Bemühung von Laien getadelt oder verboten werden sollte. Außerdem war der Charakter der „Laientheologie“, die der Papst mißbilligt, klar bezeichnet. Es handelt sich um die theologische Tätigkeit von Laien, die für sich in Anspruch nehmen möchten, daß ihre Lehre „von Gott der Autorität, Führung und Aufsicht des kirchlichen Lehramtes entzogen“ wäre, und die sich für ihre Eigenmächtigkeit auf die Charismen des Neuen Testaments berufen.

Immerhin erregte es bei manchen Verwunderung, daß der Heilige Vater in diesem Zusammenhang den Ausdruck „Laientheologie“ gebraucht haben sollte. Auch die von der Herder-Korrespondenz verwendete römische Übersetzung gebraucht diesen Ausdruck (vgl. 8. Jhg., S. 467). Nunmehr stellt die französische Zeitschrift „Actualité“ (Nr. 31 vom 1. Juli 1954, S. 6) fest, daß die sinngemäße Übersetzung nicht „Laientheologie“, sondern „laizistische Theologie“ lauten muß; denn der Heilige Vater sprach von einer „theologia laicalis“ als Gegensatz zu einer „theologia ecclesiastica“. Er disqualifizierte nicht eine Kategorie von Personen, sondern eine Haltung und Methode, die sowohl bei Laien als auch bei Priestern vorkommen kann. Nur wenn man auch an Priester denkt, die in dieser laizistischen Weise Theologie betreiben, kann auch der Satz verstanden werden: „Von dieser Theologie gibt es Vorlesungen, gedruckte Schriften, Zirkel, Lehrstühle, Professoren.“

Die diplomatischen Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und England

Die Ernennung eines Amerikaners, des bisherigen Nuntius in Irland, Erzbischof Gerald P. O'Hara, zum Apostolischen Delegaten in England hat in London zu Hoffnungen auf die Herstellung voller diplomatischer Beziehungen mit dem Heiligen Stuhl Veranlassung gegeben. Ein Rückblick auf die Geschichte dieser Beziehungen, den Michael Derrick, Schriftleiter des „Tablet“, über NCWC-News veröffentlicht, gibt dieser Hoffnung eine gewisse Chance.

Bereits im Jahre 1848 ermächtigte das englische Parlament die Regierung zur Entsendung eines Gesandten für die päpstlichen Staaten. Die Regierung machte aber von der Ermächtigung keinen Gebrauch, und nach 1870 wurde sie widerrufen. Durch die Ausbreitung des britischen Weltreiches ergaben sich aber immer häufiger Notwendigkeiten zur Fühlungnahme mit dem Heiligen Stuhl. In Malta, Kanada, Irland und anderswo hatte die britische Krone Rücksichten auf den Status der Kirche oder der Katholiken zu beobachten. Bis zum ersten Weltkrieg nahm sie im Verkehr mit dem päpstlichen Staatssekretariat meist in inoffizieller oder offiziöser Form die guten Dienste englischer Kurienkardinäle oder in Rom ansässiger englischer Prälaten in Anspruch. Nur selten kam es zu offiziellen diplomatischen Begegnungen; so im Jahre 1887, als sowohl die Königin Viktoria wie auch Papst Leo XIII. Gesandtschaften zu ihrer beider Jubiläen entsandten.

Erst nach dem Ausbruch des ersten Weltkrieges, im De-

zember 1914, schickte Georg V. einen Gesandten nach Rom, und zwar wegen der besonderen Fragen, die der Krieg mit sich brachte. Er hatte den offiziellen Auftrag, Benedikt XV. zur Thronbesteigung zu beglückwünschen, blieb aber zwei Jahre beim Vatikan und erhielt dann einen Nachfolger.

Am 11. November 1920 eröffnete Lloyd George dem Unterhaus, daß die Regierung beschlossen habe, „im öffentlichen Interesse die diplomatische Vertretung Großbritanniens beim Vatikan fortzusetzen“. Die Gesandtschaft wurde in eine ständige umgewandelt und seither immer mit hervorragenden Persönlichkeiten besetzt.

Aber erst im Jahre 1938 geschah der erste Schritt in der anderen Richtung, als Papst Pius XI. den Rektor des Englischen Kollegs in Rom, Msgr. Godfrey, zum Erzbischof erhob und als Apostolischen Delegaten in England bestellte. Ein Nuntius am Hofe von St. James hätte, da England zu den Signatarmächten des Wiener Kongresses gehört, Doyen des Diplomatischen Corps werden müssen, und das wäre inopportun gewesen. Auch aus einem anderen Grunde war es schwierig, dem Vertreter des Heiligen Stuhles in England sofort diplomatischen Status zu verleihen. Nach Jahrhunderten der Spannung zwischen dem offiziellen England und dem Papsttum erschien es richtig, einen Engländer im Namen des Papstes nach England zu senden. Ein englischer Untertan konnte aber nicht bei seinem König beglaubigt werden. So erhielt Erzbischof Godfrey den zwar nicht diplomatischen, aber doch der Sache nach auch politischen Rang und Auftrag eines Delegaten, eine Lösung, die für Kanada und Australien schon vorher verabredet war.

Der zweite Delegat ist nun ein Amerikaner. Seiner Beglaubigung bei Königin Elisabeth steht das Hindernis der britischen Staatsangehörigkeit nicht mehr entgegen. Die Frage des Dekanates könnte dadurch gelöst werden, daß der päpstliche Gesandte als Internuntius akkreditiert wird wie in den Niederlanden, also mit dem Range eines außerordentlichen und bevollmächtigten Ministers. Die Krone von England besitzt nicht nur die Verehrung des Commonwealth. Der Empfang der Prinzessin Margaret in Deutschland hat gezeigt, daß die Krone von England als eines der Symbole für Europa empfunden wird. So würde auch die vollgültige diplomatische Beziehung zwischen St. Peter und St. James symbolische Bedeutung haben.

Kongreß der katholischen Ingenieure Der 2. Internationale Kongreß der katholischen Ingenieure, der vom 22. bis 25. Juli in Delft stattfand, behandelte das Thema: „Der katholische Ingenieur und seine Aufgaben als Mensch im Unternehmen“. Die Ergebnisse der Untersuchungen wurden in folgenden fünf Punkten festgehalten:

1. Das Unternehmen ist wesentlich eine Arbeitsgemeinschaft von freien Menschen, die nach hierarchischen Prinzipien aufgebaut ist. Die Arbeit als fundamentaler Wert des Unternehmens muß sowohl für die menschliche Entwicklung wie auch für das Gemeinwohl der Gesellschaft gewinnbringend sein. Dieses Ziel schließt eine absolute Herrenstellung des Unternehmensleiters aus.

2. Der Ingenieur übt im Unternehmen eine doppelte Funktion aus. Einmal ist er Schöpfer der technischen Produktion, was moralische Rechte und Verantwortungen mit sich bringt; andererseits führt er Untergebene, woraus

im besonderen eine Verantwortung für menschliche Beziehungen folgt. Weiter hat er dabei als Christ in allen Mitarbeitern des Unternehmens Brüder zu sehen.

3. Freiheit und Würde des Arbeiters dürfen nicht dem Ertrag geopfert werden. Der Ingenieur hat seiner Stellung nach Gelegenheit, zwischen der Leitung des Unternehmens und der Arbeiterschaft einen fruchtbaren Kontakt im Sinne von Punkt 1 zu schaffen. Der Gehorsam gegen die Vorgesetzten darf ihn nicht zu Kompromissen in Rechts- und Moralfragen führen.

4. Je nach Charakter des Unternehmens nimmt auch die Verantwortlichkeit des Ingenieurs besondere Formen an:

a) In einem Privatunternehmen unter persönlicher Leitung hat er sein freiheitliches Urteil zu wahren und sich nicht in die Rolle des Nur-Technikers drängen zu lassen. Soweit dies für die menschlichen Beziehungen notwendig ist, soll er seinen ganzen Einfluß auf den Unternehmer geltend machen.

b) Eine Aktiengesellschaft bietet ihrer Struktur nach große Schwierigkeiten für gute menschliche Beziehungen, weil technische und finanzielle Leitung getrennt sind. Hier darf nicht vergessen werden, daß die Gefahr für den Aktionär, sein Geld zu verlieren, meist weniger folgenreich ist als die Gefahr für den Arbeiter, seine Stellung zu verlieren.

c) In verstaatlichten Unternehmen soll die Rentabilität nicht Selbstzweck werden. Der Begriff des öffentlichen Wohles muß bei allen Mitarbeitern bewußt bleiben. Die Größe der Unternehmung entbindet oft den Ingenieur von gewissen konkreten Verantwortungen, bringt aber die Gefahr der Anonymität mit sich. Ihr kann er entgegenwirken, indem er sich um Dezentralisation bemüht und nach Möglichkeit versucht, die Beziehungen zwischen den einzelnen Dienststellen aufrecht zu erhalten.

d) Im internationalen Unternehmen hat er die Eigenart anderer Rassen und Anschauungen zu respektieren. Auch soll er Verständnis haben für das Wohl des Landes, in dem er arbeitet, und nicht nur den Gewinn der eigenen Gesellschaft im Auge haben. Zu wünschen wäre die Schaffung einer eigentlichen internationalen Mentalität auf christlicher Grundlage.

e) Zwischen landwirtschaftlichen und industriellen Unternehmungen bestehen deutliche Unterschiede in ökonomischer, sozialer und psychologischer Hinsicht, die mangelndes gegenseitiges Verständnis herbeiführen können. Hier muß intensivere Kontaktnahme auf nationaler und internationaler Basis erfolgen.

5. Die Probleme, die sich im Innern einer Unternehmung stellen, können nicht unabhängig von jenen gelöst werden, die sich einer übergeordneten Gesamtheit stellen. Deshalb ist die Teilnahme an Organisationen, die zur Lösung beitragen können, eine Pflicht. Die Prüfung der technischen Verantwortung auf christlicher Grundlage muß immer wieder vorgenommen werden.

Wie der KNA-Informationsdienst (vom 31. 7.) mitteilt, erklärte der Generalsekretär des Kongresses, E. C. P. Hibon, in einer abschließenden Zusammenfassung, der Kongreß habe gezeigt, daß die Übereinstimmung zwischen den verschiedenen Ländern noch nicht so weit gediehen sei, daß die katholischen Ingenieure jetzt schon imstande wären, sich bei wichtigen Beratungen auf internationaler Ebene als Vertreter einer gleichgesinnten Körperschaft irgendwie einzuschalten. Man wolle sich daher in Zukunft darauf beschränken, die Besprechungen fort-

zusetzen und jährlich regelmäßig einmal zusammenzukommen.

Katholiken und Sozialisten in Holland Die Diskussion um den Hirtenbrief des niederländischen Episkopats: „Der Katholik im öffentlichen Leben unserer Zeit“ (vgl. Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 513) wird in Holland unentwegt weitergeführt.

Die Partei der Arbeit

Es ist verständlich, daß sie vor allem auf parteipolitischer Ebene einen leidenschaftlichen Charakter trägt, weil das Verbot des Episkopats die Partei der Arbeit besonders hart trifft. Vielleicht nicht so sehr deshalb, weil die katholischen Mitglieder die Partei verlassen könnten — es handelt sich ja nur um einige Hundert aktive Mitglieder und einige Tausend anonyme Wähler —, sondern weil die Partei sich ohne die Katholiken schwerlich noch als die „Durchbruch“-Partei betrachten kann, d. h. eine Partei, die Katholiken, Protestanten und Humanisten unter Respektierung der persönlichen ideologischen und religiösen Überzeugung jedes einzelnen unter der roten Fahne vereint. Die Partei beruft sich dabei gerne auf den Widerstand während des Krieges, der alle Schattierungen des Volkes im gemeinsamen Ziel vereinte, wenn auch die Gründe und Grenzen des Widerstandes nicht für alle gleich waren. Viele, auch von den katholischen Politikern, meinten damals, daß nach dem Krieg die christliche Antithese ebensowenig wie das Prinzip des Klassenkampfes noch gelten könne. Das „Katholische Zentrum für politische Bildung“, auch jetzt noch von großem Einfluß als Beratungsstelle für die Katholieke Volks Partij, erklärte 1945 — Worte, die jetzt mit Bitterkeit von sozialistischer Seite zitiert werden —: „Aus der Tatsache, daß sich die Katholiken alle zum katholischen Glauben bekennen, folgt zwar, daß sie sich alle auch in ihrer sozial-kulturellen und politischen Arbeit durch ihre eigenen Grundsätze führen lassen müssen, aber nicht, daß sie verpflichtet sind, sich in einem Verband vereinen zu lassen.“

Das Kader der Partei der Arbeit hat in öffentlicher Sitzung über den „Durchbruch“-Charakter der Partei und dessen Gefährdung durch die bischöflichen Weisungen beraten.

Geert Ruygers, einer der katholischen Parlamentsabgeordneten der Partei der Arbeit, erklärte bei dieser Gelegenheit: „Wir haben auf Grund unserer Verantwortlichkeit für die Demokratie und für die parteipolitischen Verhältnisse in den Niederlanden den Durchbruch gewählt. Wir wollen Religion und Politik durchaus nicht voneinander lösen. Aber in einem so glaubensgespaltenen Land wie dem unsrigen handelt es sich darum, wie die demokratische Ordnung so funktionieren kann, daß sowohl die Möglichkeit einer politischen Wahl wie auch der Wert tieferliegender Prinzipien in harmonischer und gleichmäßiger Weise zur Geltung kommen kann. Wir glauben, daß der Durchbruch dazu eine bessere Grundlage bildet als die konfessionelle Parteibildung. Auch wir sind wir selber. Auch wir stehen in der Politik und in der Partei mit unserer ganzen Person, auch als Katholiken. Aber wir ziehen das Gespräch der Macht vor... Auch haben wir uns für den Durchbruch entschieden, weil wir meinen, daß der Kirche in unserem Land damit gedient ist. Wir glauben, daß in dieser Zeit das Bedürfnis

nach einem andern Durchbruch besteht: dem Durchbruch des Christentums zu der Welt.“

Weiterhin erklärte Ruygers, daß der Entschluß der Katholiken innerhalb der Partei der Arbeit über die Fortsetzung ihrer Mitgliedschaft noch offen sei. Eine Rückkehr zur Katholischen Volkspartei gebe es aber nicht.

Der Parteivorstand der Katholischen Volkspartei bedauerte in einer kurzen Erklärung, daß die Partei der Arbeit sich bei ihrer Kaderversammlung wiederum als Erbin der während der Kriegsjahre dargebrachten Opfer bezeichnet habe. Auch halte der Parteivorstand es für bedenklich, daß immer wieder an dem Kerngedanken des Hirtenbriefes, dem Aufbau einer christlichen Gesellschaft, vorbegegangen werde.

Die Gewerkschaften

Einen definitiven Bruch hat der Hirtenbrief in der Zusammenarbeit der Gewerkschaften gebracht. Das schon ältere Verbot der Mitgliedschaft bei der sozialistischen Gewerkschaft, dem „Nederlands Vakverbond“, wurde nicht nur aufrechterhalten, sondern durch Androhung kirchlicher Strafen noch verschärft. Die sozialistische Gewerkschaft trägt viel mehr als die Partei der Arbeit eine materialistische und marxistische Prägung. An ihr haben die Katholiken denn auch einen verhältnismäßig weit geringeren Anteil als an der Partei der Arbeit. Seitens der protestantischen Gewerkschaft wurden die bischöflichen Weisungen bejaht. Der Vorsitzende sagte in einer lakonischen Erklärung: „Das Verbot scheint mir sehr richtig. Wenn ich daran Kritik üben wollte, dann nur deshalb, weil es meines Erachtens stärkere Gründe gibt, aus denen von der Mitgliedschaft in der Partei der Arbeit abgeraten werden müßte.“

Unter diesen Umständen hält die sozialistische Gewerkschaft eine weitere Zusammenarbeit mit den protestantischen und katholischen Verbänden für unmöglich und hat sich deshalb aus der gemeinsamen Dachorganisation, dem „Raad der Vakcentralen“, zurückgezogen.

Protestantische Stimmen

Nicht alle führenden protestantischen Kreise haben wie der Gewerkschaftsvorstand den Hirtenbrief begrüßt. Überwiegend hat man verständnisvoll reagiert, aber doch ist ein gewisses Gefühl des Unbehagens, der „Angst vor Rom“, spürbar. Vor allem bei den Reformierten ist schon lange eine latente Angst vor dem zunehmenden katholischen Einfluß auf das öffentliche Leben in Holland vorhanden. Rein zahlenmäßig bilden die Katholiken allmählich die stärkste geschlossene Volksgruppe. So wird es verständlich, daß mancher Protestant zwar — aus denselben Gründen wie die katholischen Bischöfe — dem „Durchbruch“ eine eigenständige konfessionelle Parteibildung vorzieht, aber dennoch in bezug auf den Hirtenbrief sagt: „non tali auxilio“. Während der Argwohn gegen die bischöflichen Weisungen begreiflicherweise am größten in orthodox-kalvinistischen Kreisen ist, ist das geringste Verständnis bei den freisinnigen Protestanten zu finden, wohl weil dort das bischöfliche Autoritätsprinzip am wenigsten verstanden wird. Dadurch wird das ökumenische Gespräch zwischen Katholiken und Protestanten, soweit es sich in Holland vor allem mit den Freisinnigen schüchtern angebahnt hatte, durch den Hirtenbrief ernsthaft gefährdet. Das ist eine sehr bedauerliche Folge des Hirtenbriefes.

Rückwirkungen auf die Katholische Volkspartei

Auch auf die parteipolitischen Verhältnisse innerhalb der katholischen Partei selber wird der Hirtenbrief selbstverständlich Einfluß haben. Zwar ist nicht zu erwarten, daß viele der katholischen Stimmen, die bisher für die Partei der Arbeit abgegeben wurden, bei den nächsten Wahlen der katholischen Partei zufallen werden. Noch viel weniger ist ein Übertritt der katholischen Mitglieder der Partei der Arbeit zu der Katholischen Volkspartei wahrscheinlich. Soweit sich die Katholiken den bischöflichen Weisungen unterwerfen — und das ist von der Mehrzahl doch zu erwarten —, werden diese sich in Zukunft wohl „a-politisch“ verhalten.

Bezeichnend aber ist, daß bekanntgegeben wurde, die Katholieke Volks Partij werde noch in diesem Jahr weitgehend reorganisiert werden. Diese Änderungen gehen zwar zurück auf einen vom „Zentrum für politische Bildung“ schon vor der Veröffentlichung des Hirtenbriefes veröffentlichten beratenden Bericht, aber ohne Zweifel hat die jüngste Entwicklung den Parteivorstand zu einer Verjüngung des Parteivorstandes und deshalb zu beschleunigter Berücksichtigung jenes Berichtes gezwungen. Die vorgesehenen Änderungen beziehen sich auf die Errichtung eines sozial-wirtschaftlichen Instituts, das den regelmäßigen Kontakt zwischen der Partei und den sozialen Organisationen gewährleisten soll; weiter auf organisatorische Änderungen, durch die der Einfluß der einzelnen Mitglieder direkter und eingehender werden soll; schließlich auf eine Verjüngung der Mitgliedschaft, u. a. durch Herabsetzung der Altersgrenze von 21 auf 18 Jahre und die Möglichkeit zur größeren Beteiligung der jungen Mitglieder.

Es wird bedauert, daß der umstrittene Teil des Hirtenbriefes eine so aufgeregte Diskussion ausgelöst hat, daß die Aufmerksamkeit von anderen, sicher ebenso wichtigen Abschnitten des Briefes abgelenkt ist. So hätte man manches besser verstanden, wenn man das Wort der Bischöfe an anderer Stelle in dem Brief beachtet hätte: „Wir wollen und müssen zusammenarbeiten mit jenen, die wahrhaft das Wohl der Gemeinschaft beabsichtigen. Nicht das Abseitsstehen und die Isolierung ist unser Ideal, sondern eine Kraft durch Einheit, die wir dann gerne mit allen anderen positiv gerichteten Strömungen verbinden wollen zum Wohl der Gemeinschaft. Wir suchen unsere Einheit nicht nur, um das Böse zu bekämpfen, sondern vor allem um das Gute mit zu bauen. Deshalb sind wir zugänglich für alles Gute, das im Streben unserer Mitmenschen liegt. Ja, je fester unsere Einheit ist, desto mehr können und dürfen wir für Zusammenarbeit offenstehen.“

Aus der totalitären Welt

Der kommunistische Machtbereich Durch den Genfer Vertrag hat der Kommunismus mit dem nördlichen Vietnam ein weiteres Land mit einer Bevölkerung von etwa 13 Millionen Menschen seinem Machtbereich einverleibt. NCWC-News Service veröffentlicht aus diesem Anlaß nachstehende Übersicht über die Bevölkerungszahlen der kommunistischen Länder und der Katholiken in ihnen. Bei einer Gesamtzahl von rd. 425 Millionen Katholiken in der Welt lebt also mehr als ein Siebtel von ihnen im kommunistischen Machtbereich. Entspricht unsere Anteilnahme an ihrem Schicksal dieser Größenordnung?

Land	Gesamtbevölkerung	Katholiken
Albanien	1 175 000	100 000
Bulgarien	7 160 000	56 000
China	450 000 000	4 000 000
Tschechoslowakei	12 340 000	9 300 000
Estland	1 134 000	2 000
Ostdeutschland	18 541 000	2 000 000
Ungarn	9 500 000	6 125 000
Nordkorea	9 100 000	20 000
Lettland	2 000 000	500 000
Litauen	3 000 000	2 200 000
Polen	25 000 000	21 500 000
Rumänien	16 000 000	3 000 000
Rußland	200 000 000	8 000 000
Nordvietnam	13 000 000	1 200 000
Jugoslawien	17 000 000	5 500 000
insgesamt	784 950 000	63 503 000

Sowjetische Philosophie-Produktion 1953 Ein in der sowjetischen Zeitschrift „Fragen der Philosophie“ erschienener Bericht über die Tätigkeit des Philosophischen Instituts der Akademie der Wissenschaften der UdSSR im Jahre 1953 beleuchtet den ideologischen Aspekt der nach dem Tode Stalins vorgehenden Wandlungen und öffnet durch allen Schwulst sowjetwissenschaftlichen Jargons hindurch gewisse Einblicke in den sowjetischen Wissenschaftsbetrieb.

Die Planung der philosophischen „Produktion“

Die philosophische „Produktion“ lag den Sowjetführern schon immer sehr am Herzen. Nach marxistischer Konzeption soll sie eigentlich als zum ideologischen „Überbau“ gehörig eine Reflektierung der ökonomischen „Basis“ sein, während sie in Wahrheit lediglich eine Spiegelung der primär im Politischen vorherrschenden Meinungen ist. Sie dient zur Begründung und Rechtfertigung der politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen der Sowjetmacht, und ihre „Produktion“ wird ebenso „geplant“ wie jedes andere Gebiet des wirtschaftlichen und staatlichen Lebens.

Die vor dem Philosophischen Institut im Jahre 1953 stehenden Aufgaben, heißt es in dem Bericht, ergaben sich aus den „historischen Beschlüssen“ des 19. Parteitags. In erster Linie mußten die früher unterlaufenen „subjektivistischen Fehler in der Interpretation der Entwicklungsgesetze der sozialistischen Gesellschaft“ überwunden und mit der „metaphysischen Auslegung des für den historischen Materialismus überaus wichtigen Problems der Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte in der sozialistischen Gesellschaft“ Schluß gemacht werden. Die Philosophen standen vor der großen Aufgabe, in ihren wissenschaftlichen Arbeiten die „Idealisierung der Rolle der Persönlichkeit in der gesellschaftlichen Entwicklung auszumerzen und mit dem Persönlichkeitskult, der in den vor 1953 vom Institut herausgegebenen Büchern einen gewissen Niederschlag gefunden hatte, Schluß zu machen“. Die wissenschaftliche Arbeit war umzustellen auf Herausarbeitung der „Grundprobleme der marxistisch-leninistischen Theorie“ — und das ist heute, nach Stalins Tod, wieder die Rolle der Volksmassen in der geschichtlichen Entwicklung,

besonders der Partei als der „großen umwandelnden Kraft der Gesellschaft“.

Die bedauernswerten Sowjetphilosophen mußten sich ferner, in Verfolg der Beschlüsse des September-Plenums des Zentralkomitees, dem Problem des „Bundes der Arbeiterklasse mit dem werktätigen Bauerntum“ widmen. Die philosophische „Produktion“ ist also überall ein getreuer Abklatsch der innerpolitischen Linie.

Die „Umstellung der wissenschaftlichen Forschungsmethode“

Um die gesteckten Ziele zu erreichen, mußte eine „radikale Umstellung der wissenschaftlichen Forschungsmethoden“ vorgenommen, der Dogmatismus und die Verfälschung des lebendigen wissenschaftlichen Denkens zu einer Zitatensammlung bekämpft werden. Das soll doch offenbar heißen, daß die heute maßgebenden Sowjetführer die Überhäufung der gesamten Sowjetliteratur mit Stalin-Zitaten satt haben. Der Bericht versichert, daß das Philosophische Institut mit den „Maßnahmen zur Umstellung der wissenschaftlichen Arbeit“ einige Erfolge aufzuweisen hatte. Doch geht diese Umstellung zu langsam vor sich: „Schwach organisiert ist der Kampf für die Steigerung des ideell-theoretischen Niveaus der wissenschaftlichen Untersuchungen, was eine Nichterfüllung des Plans der Herausgabe wissenschaftlicher Produktion zur Folge hatte.“ 1953 konnten anstatt der laut Plan vorgesehenen 15 nur 8 Bücher herausgebracht werden, darunter eine Sammlung von Aufsätzen über dialektischen Materialismus, ein Band interessanter Dokumente aus der Petraschewzen-Bewegung (der übrigens der junge Dostojewskij eine Zeitlang angehörte) usw. Nicht erscheinen konnten bisher beispielsweise Band 1—2 der unter Redaktion G. F. Alexandrows stehenden „Geschichte der Philosophie“. Das „verlangsamte Tempo der wissenschaftlichen Produktion“ erkläre sich in gewissem Maße durch die Notwendigkeit, viele Manuskripte „im Lichte der neuen wichtigen Forderungen, die an die ideologische Arbeit gestellt wurden“, umzuarbeiten. Der tiefere Grund sei jedoch in der „niedrigen Qualität der Manuskript-Vorbereitung durch das Institut“ zu suchen.

Ideologische Unklarheiten

Uns scheint, daß es sich im Grunde um ein und dasselbe handelt: Ideologische Unklarheiten angesichts der einzuhaltenden Linie oder auch Differenzen zwischen verschiedenen Gruppen, die um die Vorherrschaft ringen. Nachdem der vor einigen Jahren herausgekommene Bd. 3 der „Geschichte der Philosophie“ nach anfänglicher Auszeichnung mit dem Stalin-Preis schließlich doch durchfiel — wegen mangelnder nationalistischer Einstellung —, ist es verständlich, wenn man mit der Herausgabe der ersten beiden Bände zögert. Da G. F. Alexandrow kürzlich Kulturminister der UdSSR geworden ist, darf man mit Interesse der weiteren Entwicklung dieser Angelegenheit entgegensehen.

Die Meinungsverschiedenheiten scheinen sich vorwiegend zwischen dem Institut und vorgesetzten Stellen abzuspielen: Die Rüge der „niedrigen Qualität der Manuskript-Vorbereitung durch das Institut“ deutet darauf hin. Daß es sich hierbei ebenfalls um den Vorwurf ideologischer Mängel handelt, beweist etwa das Schicksal einer von A. F. Schischkin verfaßten Arbeit über „Grundlagen der

kommunistischen Moral“. Diese Arbeit wurde bereits im Mai 1953 von der Abteilung Historischer Materialismus und einen Monat später vom Wissenschaftlichen Rat des Instituts gebilligt und an den Staatsverlag weitergeleitet. Dort fand man jedoch in der „Manuskript-Vorbereitung“ grobe Mängel: „Abstrakter Charakter der Problembehandlung, niedriges theoretisches Niveau, Ausbreitung überflüssigen Materials, das zur behandelten Frage in keiner Beziehung steht, viele stilistische Mängel usw.“ Das Manuskript wurde an das Institut zurückgegeben. Ebenso erging es der Arbeit „Kritik und Selbstkritik, die treibende Kraft in der Entwicklung der sowjetischen sozialistischen Gesellschaft“. Die Zensoren des Staatsverlages stellten hier eine unzulässige Anhäufung von „veraltetem Material“, ja sogar „Elemente von Talmudismus“ fest!

Als einen weiteren Mangel der Institutsarbeit rügt der Bericht das Fehlen von Kritik und Selbstkritik. Nicht ein einziges Mal habe der Wissenschaftliche Rat ein Manuskript an die betreffende Abteilung zurückgegeben, und nicht einmal habe eine ernsthafte Diskussion stattgefunden.

Daß viele Mitarbeiter keine Lust haben, nach staatlichem Plan und Plansoll zu arbeiten, zeigt die heftig kritisierte „Praxis der doppelten Planung“: Für den akademischen Staatsplan wurden nur Themen von solchen Mitarbeitern gemeldet, die die Direktion zur Erfüllung des akademischen Planes heranzuziehen für nötig hielt. Die übrigen arbeiteten nach sogenannten individuellen Plänen. „Diese Praxis der doppelten Planung führte dahin, daß eine Reihe von wissenschaftlichen Mitarbeitern mit akademischem Grad im Verlauf vieler Jahre nicht an der Erfüllung des akademischen Staatsplans der wissenschaftlichen Arbeiten teilnehmen.“ Von einigen sei es überhaupt unklar, wozu sie da seien und mit welchen Arbeiten sie sich in den letzten Jahren befaßt hätten!

Kommunistische und christliche Moral

Der obenerwähnte Fall Schischkin könnte von außerordentlicher Wichtigkeit für die Beurteilung gewisser Spannungen auf dem ideologischen Gebiet sein. Ein A. F. Schischkin ist bekannt als Dozent der Leningrader Geistlichen Akademie und Sekretär der deutschen und jetzt der amerikanischen Eparchie der russisch-orthodoxen Kirche. Ob er sich speziell mit den Problemen der Moral befaßt hat, ist nicht bekannt. Wohl hat er in einem Aufsatz „Festtagsgedanken eines orthodoxen Christen über die Auferstehung Christi“ die ethische Bedeutung des christlichen Dogmas betont: das gottähnliche Leben, zu dem Christi Auferstehung die Menschen aufruft, fordert von ihnen ein brüderliches, liebendes und hilfreiches Verhalten zu ihren Nächsten. Dazu gehört auch „Ehrerbietung gegenüber den Menschen, die nicht im Besitz des Heiles des Christentums sind, die nicht kirchlich und sogar antikirchlich sind, denn, wie der Bischof Ignatij Brjantschaninow mit Recht sagt, ‚entbehren diejenigen, die den Ruhm (Heil) des Christentums nicht haben, nicht eines anderen Ruhmes, der ihnen bei der Schöpfung zuteil wurde: daß sie Gottes Ebenbild sind.‘“

Es ist jedenfalls Tatsache, daß das Problem der „kommunistischen Moral“ in letzter Zeit vermehrt behandelt wird — und zwar mit ausdrücklicher Distanzierung von der orthodoxen Kirche. Die Sowjetideologen wollen einem Mißverständnis der Duldung der Kirche vorbeugen und

bemühen sich, die kommunistische von der religiösen Moral scharf abzugrenzen. Es wäre nicht ausgeschlossen, daß Vertreter der Kirche demgegenüber versuchen, den religiösen Standpunkt in der Moral zu verteidigen, vielleicht sogar unter Hinweis auf seine Vereinbarkeit mit einer richtig verstandenen kommunistischen Moral. Hierzu könnten gerade solche Kirchenleute berufen sein, die sich wie A. F. Schischkin in der kommunistischen Friedenspropaganda hervorgetan und sich auch sonst dem Regime gegenüber als loyal ausgewiesen haben. Die erwähnten Mängel in der Arbeit Schischkins lassen auf schwerwiegendere Bedenken schließen, als offiziell angegeben wird. Handelt es sich hier um eine Arbeit des orthodoxen Dozenten A. F. Schischkin? Das ist vorläufig nicht mehr als eine Vermutung, die allerdings nicht unwahrscheinlich ist. Sie wäre, sollte sie sich bestätigen, sehr erhellend. Können es Kirchenleute schon wagen, mit ihren Arbeiten bis in die höchsten Gremien sowjetischer Wissenschaft vorzudringen?

Chronik der polnischen Kirchenverfolgung

Nach einem in London veröffentlichten Weißbuch der exilpolnischen Organisation wurden in Polen außer Kardinal Wyszyński 15 Bischöfe, 5 Apostolische Administratoren und etwa 1000 Priester ins Gefängnis geworfen oder zu Zwangsarbeit verurteilt; 100 Priester sind spurlos verschwunden. Man schätzt in London, daß heute in 86 polnischen Zwangsarbeitslagern 175 000 Sklavenarbeiter festgehalten werden. Allein im letzten Jahre wurden 11 neue Lager eröffnet. Unter den unglücklichen Opfern befinden sich etwa 15 000 Frauen. Die ganz überwiegende Zahl der Gefangenen wurde ohne Urteil in das Lager eingewiesen.

Über das Schicksal von Kardinal Wyszyński ist immer noch nichts Zuverlässiges zu erfahren. Ein finnischer Seemann, Karl Erik Bruhn, der von einer Fahrt durch das Weiße Meer zurückkehrte, hat von finnischen Gefangenen auf der Solowjezki-Insel gehört, daß sich dort etwa mehrere hundert Geistliche befinden und unter ihnen auch der Kardinal. Nach einer anderen Nachricht, die auf Untergrundwegen in den Westen gekommen ist, befindet sich Kardinal Wyszyński jedoch krank in einem Kloster in Gnesen. Nur ein Amtsarzt und einige Schwestern hätten zu ihm Zutritt.

Das katholische Polen setzt dem kommunistischen Um Erziehungsprozeß einen Widerstand entgegen, der Moskau nervös macht. Dafür legte in diesem Frühjahr der Chefredakteur der „Prawda“, M. Suslov, auf dem SED-Parteitag in Berlin Zeugnis ab. Das Ausmaß der religiösen Aktivität in Polen, so sagte er, stellt eine trübe Bilanz für die polnische Führung dar, der es nicht gelungen ist, den Aberglauben aus den Köpfen der Arbeiter auszurotten.

Auf katholischer Seite hat die Tätigkeit der „fortschrittlichen“ Priester und Intellektuellen von der Regierung etwas mehr Mittel erhalten. Die theologische Zeitschrift „Polonia Sacra“ und die katholische Zeitschrift „Zycie i Mysl“ (Leben und Denken) erscheinen wieder, und zwar in dem „fortschrittlichen“ katholischen Pax-Verlag in Warschau. Ihr Hauptthema ist die Frage nach der Vereinbarkeit katholischen Glaubens mit der marxistischen Lehre und Praxis. Die Autoren sind die gleichen, die auch sonst in den katholischen Blättern dieser Richtung das

Feld beherrschen. Beispiele von der Art ihrer Argumentation lieferte in ihrer Nummer vom 1. Juli 1954 die französische Zeitschrift „Actualité“. Der „Osservatore Romano“ griff diese Dokumentation am 25. Juli auf. Die Fortschrittlichen erklären: Selbstverständlich ist die kommunistisch-marxistische Philosophie mit dem Glauben unvereinbar. Anders steht es um die marxistische Gesellschaftslehre. Sie ist Wissenschaft. Deshalb muß die Theologie mit ihr in Einklang kommen können. Die sozialen Grundsätze der Kirche sind als solche überzeitlich und gültig. Aber ihre Anwendung und Auslegung muß dem Stande der Wissenschaft, das heißt der marxistischen Gesellschaftslehre entsprechen. Ebenso ist es möglich, sich als Katholik mit der praktischen Gesellschaftsordnung des Marxismus abzufinden. Der Christ hat als Bürger sogar die Pflicht, dies zu tun.

Deshalb reichen Aufrufe und Erklärungen politischer, sozialer und patriotischer Art aus diesen Kreisen einander die Hand. Der polnische Nachrichtendienst übermittelte uns z. B. eine Erklärung der Geistlichkeit der „Westgebiete“ zum 10. Jahrestag der Befreiung Polens, verfaßt von 119 Dekanen der deutschen Ostprovinzen, abgestimmt auf den Satz: „Groß und beredt ist die Wahrheit vom Schaffen dieses Jahrzehnts.“ Eine andere Erklärung aus dem gleichen Anlaß gaben die 220 geistlichen und 70 weltlichen Mitglieder der Aktive katholischer Mitkämpfer in der Nationalen Front unter Vorsitz des Warschauer Professors Czuj ab. „Auf Grund der katholischen Mitverantwortlichkeit“ bekunden sie neuerdings „ihren unverrückbaren Willen zu schöpferischer Teilnahme“... „an dem Werk der gesellschaftlich-wirtschaftlichen Entwicklung“... und „an der weiteren Festigung der nationalen Front, die alle anständigen Polen eint.“ Die katholische Universität Lublin ruft „die Völker Polens und Frankreichs“ auf, ihrem „Abscheu“ vor dem Versuch der Restauration des deutschen Militarismus Ausdruck zu geben, und zur stärkeren Mobilisierung dieser Verbrüderung verleiht die patriotische Priestervereinigung, bzw. ihr „Pax-Institut“, Herrn Jean-Marie Domenach, dem Schriftleiter des Pariser „Esprit“, den diesjährigen Preis für seinen Kampf gegen die EVG und für die Einigung der Völker Europas. Die Reihe solcher Manifestationen zur sozialen Gehirnwäsche des katholischen Volkes in Polen reißt nicht ab. Der „Osservatore Romano“ bemerkt dazu: Da die Kommunisten nicht gut selbst die Kanzeln des Rückschrittes und Aberglaubens besteigen können, haben sie den fortschrittlichen Katholiken die Besorgung ihrer Geschäfte anvertraut. Leider macht auch die Gleichschaltung der katholischen Universität Lublin beträchtliche Fortschritte. Etwa 50% ihres Lehrkörpers gelten als „fortschrittlich“. Auch ihre Theologen betreiben zum Teil mit aller Kraft Hio-si.

Der polnische Episkopat ist in den letzten Monaten nur einmal mit einer bedeutenderen Erklärung an die Öffentlichkeit getreten, die auch in Westeuropa viel beachtet wurde. Er fordert die Ächtung der Atomwaffen. Die polnischen Bischöfe haben sich, wie man annimmt, zur Abgabe dieser Erklärung entschlossen, nachdem die „fortschrittlichen Priester“ darin vorangegangen waren und die Presse das ausnützte, um den Episkopat in seiner Friedensliebe zu verdächtigen. Ihre Erklärung lautet: „Der polnische Episkopat, der in Übereinstimmung mit der Aufgabe der Kirche seine Meinung über Angelegenheiten der Moral und Religion darzulegen pflegt, hält es

für seine Pflicht, zu einer Frage Stellung zu nehmen, die gegenwärtig alle Menschen bewegt.

Die ganze Welt verfolgt heute mit höchster Aufmerksamkeit, aber auch mit großer Besorgnis die jüngsten Entdeckungen auf dem Gebiet der Atomforschung!

Denn wenn diese Entdeckungen richtig angewandt werden, können sie einen ungeheuren Einfluß auf die weitere rasche Entwicklung der Zivilisation und Kultur ausüben, wenn sie jedoch für die Herstellung von Atom- oder Wasserstoffwaffen ausgenutzt werden, können sie die Massenvernichtung sowohl des Menschen selbst als auch der von ihm produzierten Güter herbeiführen.

Da die gesamte katholische Weltanschauung durchdrungen ist von dem Gedanken der Nächstenliebe, ist für sie die moralische Pflicht zum harmonischen Nebeneinanderleben der Menschen und Völker, die Pflicht zu einer gerechten Lösung der internationalen Probleme, zur Vermeidung bewaffneter Konflikte — insbesondere solcher Konflikte, die die Existenz der Menschheit als Ganzes gefährden und die Errungenschaften der Kultur und Zivilisation vernichten können — äußerst wichtig.

Folglich lehrt die katholische Kirche ständig, daß zugleich mit dem Fortschritt der Technik auch die moralische Kraft des Menschen entwickelt werden sollte, damit er die Gaben Gottes, wie sie die Erfolge des menschlichen Geistes darstellen, für gute und nicht für Vernichtungszwecke anwende.

Angesichts der erheblichen Beunruhigung der Völker, die durch das Gespenst des Atom- und Wasserstoffkrieges ausgelöst wurde, hat sich kürzlich Papst Pius XII. selbst für die Ablehnung und Verhinderung des Atomkrieges sowie der biologischen und chemischen Kriegführung ausgesprochen.

Eine solche Erklärung ist gleichbedeutend mit einer Warnung und einem Appell an die Regierungen der Staaten, ihre Schwierigkeiten nicht durch die Zuflucht zu Atom- und Wasserstoffbomben oder anderen Massenvernichtungsmitteln zu lösen, sondern durch die Anwendung aller verfügbaren Methoden, die es ermöglichen, eine Übereinstimmung der Ansichten, die Herstellung ausgeglichener Beziehungen zwischen den Völkern und Staaten in der ganzen Welt, eine allmähliche Abrüstung und die Einführung der Prinzipien der kollektiven Sicherheit zustandezubringen.

Im Hinblick auf die Gefahr des Atomkrieges hält es der Episkopat als Vertreter der katholischen Kirche in Polen für seine Pflicht, zu erklären, daß die Meinungen der Kirche und aller Gläubigen unseres Landes dahingehend übereinstimmen, daß die Massenvernichtungswaffen durch ein internationales Gesetz kategorisch verboten werden sollten, wie sie bereits durch das moralische Gesetz geächtet wurden.

Somit spricht sich der polnische Episkopat zusammen mit dem ganzen polnischen Volk für die Annahme solcher internationaler Abkommen aus, die der Menschheit statt des Untergangs der Zivilisation eine gesicherte, friedliche Entwicklung und schrittweise Abrüstung vor Augen führen.

Das ist sehr bedeutsam und äußerst wichtig für alle Völker, von besonderer Bedeutung aber ist es für das polnische Volk, das vor noch nicht langer Zeit im Kampf gegen die deutsche Invasion überaus schwere Verluste erlitt und jetzt mit großen Anstrengungen sein Land wie-

der aufbaut, das nach seinem Wunsch in Sicherheit und in ständig steigendem Wohlstand leben soll.

Deshalb ist der im polnischen Volk wie auch in anderen Völkern erwachte Widerstand gegen die Versuche der Wiederaufrüstung eines revisionistischen Deutschlands vollauf gerechtfertigt und verständlich, da diese Versuche den Frieden gefährden. Dagegen finden die Versuche einer Normalisierung der Beziehungen in Europa und der übrigen Welt durch den Abschluß geeigneter gesamteuropäischer und internationaler Abkommen im Geiste der kollektiven Sicherheit volle Unterstützung.

Die Haltung der Kirche stimmt also mit der der ganzen Menschheit darin überein, daß internationale Konflikte nicht durch die Anwendung von Massenvernichtungswaffen gelöst werden sollten, sondern durch die Suche nach klugen Wegen, um die Welt auf der Grundlage der Gerechtigkeit und Liebe zu organisieren.“

Chronik der tschecho-slowakischen Kirchenverfolgung Am 28. Juli 1954 wurde bekannt, daß das höchste Gericht der Tschechoslowakei den Bischof von Leitmeritz, Msgr.

Trochta, zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt hat. Der Generalvikar, Msgr. Viecek, erhielt 15 Jahre. Mit ihnen wurden noch zwei Priester verurteilt. Den Verurteilten wurde zur Last gelegt, daß sie in der Diözese ein Spionagenetz zugunsten des Vatikans, einer feindlichen Macht, aufgebaut und ein geheimes Seminar zur Ausbildung von Priestern eingerichtet hätten, in dem obendrein Waffen gefunden worden seien. Wie zu erwarten, haben die Angeklagten ihre Schuld gestanden.

Bischof Trochta war bereits seit 1949 in seiner Residenz isoliert. Eine Zeitlang warben die Kommunisten sehr um ihn; denn er hatte während des Krieges im deutschen Konzentrationslager gesessen und war vorher und nachher bis zu seiner Bischofsweihe im Jahre 1947 als Salesianer in der Seelsorge der Arbeiter- und Proletarierjugend tätig und als solcher im einfachen Volk sehr bekannt und beliebt. Nach 1948 wurde von der staatlichen Propaganda mehrfach die Nachricht lanciert, der Bischof stehe auf seiten der neuen Ordnung.

So sind nun Erzbischof Beran von Prag inhaftiert, Bischof Trochta und Bischof Hlouch von Budweis im Gefängnis, Bischof Skoupy von Brünn interniert, Erzbischof Matocha von Olmütz unbekanntes Aufenthaltsort, und nur noch der letzte der böhmisch-mährischen Oberhirten, der fünfundsiebenzigjährige Bischof Picha von Königgrätz, bleibt als Gefangener in seinem eigenen Hause zurück. Ähnlich in der Slowakei: die Bischöfe von Spis und Preschau, Vojtassak und Goidic im Gefängnis, der Kapitularvikar von Rosenau mit Sicherheit nicht frei, Banska Bistrica ist verwaist, und die Administratoren von Neutra, Tyrnau und Kaschau stehen unter Überwachung.

In den beiden Monaten April und Mai 1954 sollen im ganzen Lande etwa 140 Geistliche und mehr als 3000 führende katholische Laien verhaftet worden sein. Bei den Geistlichen habe sich die Verhaftung meist so abgespielt, daß in der Nacht in ihren Kirchen oder Häusern amerikanische Radiogeräte und dergleichen versteckt wurden, die die Polizei dann am andern Morgen „fand“. Darauf wurden sie zum Verhör abgeführt und kehrten nicht mehr zurück. In einem nach Österreich geschmuggelten Brief heißt es: „In Eile und im geheimen ergreife ich die Gelegenheit, euch den Todesschrei der katholischen Priester

und Laien zu Ohren zu bringen, die in den Gefängnissen von Pardubitz, Jaromer, Königgrätz, Zvicina, Bezdes, Trautenau und Königinhof zu Tode gefoltert werden . . . Vielleicht ist es das letzte Lebenszeichen, das ihr von uns erhalten. Wir fürchten den Tod nicht mehr. Wir sehen ihn nahe bei uns.“ Aus Pardubitz ist bekannt geworden, daß dort drei Geistliche namens Pospisl, Hruby und Nowak zu Tode gefoltert wurden.

Auch in der Tschechoslowakei steht ein kleiner Kreis von Geistlichen der Regierung zu Diensten. Abgesehen von Plojhar, der wieder einmal auf einem Parteitag der Ost-CDU im Kollar eine Gastrolle gab, dem „Generalvikar“ von Budweis, Buchta, und anderen Exkommunizierten gibt es auch weniger prominente Mitarbeiter, wie den von den Kommunisten eingesetzten Dekan der nach Leitmeritz verlegten theologischen Fakultät von Prag, Joseph Hronek. Dieser erklärte den neugeweihten Absolventen dieses Staatsinstitutes bei ihrer Priesterweihe, sie müßten jetzt beginnen, ihre Schulden an die Volksdemokratie zurückzuzahlen, die ihnen das theologische Studium ermöglicht habe, und deshalb alle ihre Kräfte in den Dienst des Aufbaus der neuen Gesellschaft stellen.

Die Preisgabe Vietnams

Ganz Westeuropa hat aufgeatmet, als in Genf der Waffenstillstand den siebenjährigen Krieg in Indochina beendete. Das Aufatmen galt dem Frieden. Die Kunde vom Ende der Kämpfe, so schrieb der „Osservatore Romano“, „kann nicht anders als mit großer Befriedigung aufgenommen werden; denn sie setzt dem Blutvergießen ein Ende“. Zweifellos war dieses ihre Wirkung auf das menschliche Gemüt. Ob diese Gemütsstimmung freilich vorwiegend eine ethische Haltung ausdrückt, die Haltung der Sanftmut und Liebe zum Frieden, oder ob sie nicht einfach die Angst abgelöst hat, man könnte selber in den Krieg verwickelt werden, dies ist eine andere Frage. Es gab ja nur eine Alternative zu der Preisgabe Indochinas: den Krieg mit Hilfe Amerikas zu intensivieren und gegebenenfalls auszuweiten. Das hätte schlimmstenfalls zu einem Weltkrieg, mindestens aber zu wirtschaftlichen Belastungen geführt, wie sie der Koreakrieg in seinen Anfängen mit sich brachte. Jeder fürchtete sich davor, und selbst in Frankreich zahlte man für die Erlösung von diesem Übel den Preis eines Prestigeverlustes, wie ihn die Große Nation in ihrer Kolonialpolitik seit Faschoda nicht erlitten hat. In Wirklichkeit ist das Ereignis noch schwerwiegender. Zum erstenmal hat ein Volk mit Hilfe der Kommunisten eine Westmacht vertrieben. Den Völkern Asiens und Afrikas ist ein Beispiel gegeben worden. Die Franzosen haben Indochina nicht großzügig die Freiheit gewährt, sondern sie mußten vertrieben werden. Trotz Amerika konnten sie vertrieben werden. Sie konnten vertrieben werden mit Hilfe des Kommunismus. In diesem Gedankengang liegt etwas Verführerisches für das vietnamesische Volk und für alle anderen Völker, die noch unter kolonialer Herrschaft oder Bevormundung stehen. Es ist nicht abwegig, die Ereignisse, die sich jetzt in Nordafrika abspielen, mit diesem Beispiel in Zusammenhang zu bringen. Selbstverständlich sieht der Kommunismus auch in der Frage der vietnamesischen Wahlen, die innerhalb von zwei Jahren stattfinden sollen, in diesem Gedankengang seine große Chance. Zunächst geht die Niederlage in Indochina außer den Franzosen die anderen Kolonialmächte etwas an. In Eng-

land sprach der „Daily Telegraph“ am 21. Juli 1954 rundweg von einer „indochinesischen Katastrophe“. Man könne aber doch zufrieden sein, daß „zwingende Gründe vorlagen, die auch den Kommunisten eine solche Regelung als verlockend erscheinen ließen“. Diese Gründe, so meint der „Daily Telegraph“, lagen darin, daß auch die Kommunisten die Ausweitung des Krieges fürchteten, und darin, daß sie ihr Prestige in den anderen asiatischen Ländern verloren haben würden, hätten sie sich dem Frieden widersetzt. Der Vorteil des Abkommens für den Westen liege darin, daß nun oder doch nach Abhaltung der Wahlen in Vietnam „für eine neue Flutwelle kommunistischer Aggression eine Grenze gezogen worden ist“. „Eine neue feste Grenze der kommunistischen Welt . . . , wo bisher keine war, . . . das ist zweifellos ein Gewinn.“ Diese Überlegungen sind politischer Natur und deshalb an dieser Stelle nicht weiter zu untersuchen.

Die Meinung der Vietnamesen

Mit ihnen müßten sich aber auch ethische Überlegungen verbinden, und tatsächlich schreibt das englische Blatt: „Wir dürfen nicht vergessen, daß das Ziehen einer solchen Grenze für zahllose einfache Menschen eine persönliche Tragödie bedeuten kann; das ist ein Teil des furchtbaren Tributs, den der Kommunismus fordert. Wir können nur sagen, daß wir glauben, das kleinere von zwei Übeln gewählt zu haben.“ Dieses sind die Sätze, die das Blatt in seinem langen Aufsatz dem Schicksal derjenigen widmet, über deren Kopf die Mächte in Genf entschieden. Wenn man vom „kleineren Übel“ redet, ist der Maßstab offensichtlich das politische Interesse Englands oder Frankreichs, nicht die sittliche Norm. Die ethische Betrachtung hat das Schicksal des vietnamesischen Volkes zu bedenken. In der Weihnachtsansprache von 1948 sagte Papst Pius XII.: „Ein Volk, das von einem ungerechten Angriff bedroht ist, kann, wenn es christlich handeln will, nicht in passiver Gleichgültigkeit verharren, und noch mehr verbietet die Solidarität der Völkerfamilie den anderen, sich in gefühlloser Neutralität als einfache Zuschauer zu verhalten“ (vgl. Herder-Korrespondenz 3. Jhg., S. 165). Haben die Vietnamesen selbst diese Regelung gewollt? Am 10. Juli erklärte der Delegierte des Apostolischen Vikars von Phat Diem auf der Konferenz von Genf, der Priester Nguyen Hoang Kinh, früherer Kommandeur der katholischen Freischaren, die zeitweise das Delta des Roten Flusses auf eigene Faust erfolgreich gegen die Kommunisten verteidigten: Das Volk, das jahrelang unter den größten Opfern seine Freiheit und besonders seine religiöse Freiheit verteidigt hat, möchte auch jetzt seine Freiheit verteidigen. Wir wollen nichts als Hilfe und Mittel für diese Verteidigung. Beim Bekanntwerden der Genfer Übereinkunft herrschte, wie NCWC-News berichtet, in Saigon eine verzweifelte Stimmung. Man erklärte dem Korrespondenten: „In Genf hat Frankreich mit der kommunistischen Welt über das Schicksal von Vietnam verhandelt und unsere Delegation nur ganz allgemein über den Gang der Dinge informiert.“ Man wird also in die neue Lage mit dem Gefühl hineingehen, von der Schutzmacht verlassen, ja verraten worden zu sein, als es sich darum handelte, nicht mehr nur zu herrschen und Vorteile zu ziehen, sondern zu helfen und zu verteidigen. Ein ruhmloser Abgang. Freilich sind diese Stimmen aus Vietnam nicht die Stimme des ganzen Volkes. Die Kommunisten vertrauen darauf, daß bei den Wahlen die Freude über

den Abzug der Franzosen den Ausschlag zu ihren Gunsten geben wird. Das Land ist wenigstens von den Europäern befreit, so denken auch viele nichtkommunistische Vietnamesen, auch Katholiken.

Den letzten Ausschlag bei einer ethischen Betrachtung dieses Falles kann aber auch nicht die Stimmung des vietnamesischen Volkes oder seiner Mehrheit geben, sondern nur die Beantwortung der Frage, ob es gerecht und zu verantworten war, 12 Millionen Menschen der kommunistischen Herrschaft zu überlassen, von denen mindestens 1,2 Millionen als katholische Christen zweifellos religiöser Verfolgung ausgesetzt sein werden. Die Kirche selbst, das heißt der Apostolische Stuhl, hat sich in die politische Entscheidung nicht eingemischt. Er hat, getreu seiner Überlieferung, die französischen Katholiken nur ermahnt, das Beste für ihre Glaubensbrüder zu erreichen zu versuchen. Die Entscheidung, was das Beste sei, gehörte in die Zuständigkeit der Politiker und kann in Zukunft als Beispielfall für die Abgrenzung der Kompetenzen von Kirche und Politik gelten. Als die Entscheidung gefallen war, hat man sich in Rom darauf beschränkt, zu sagen, daß die Freude über den Frieden dadurch getrübt wird, daß „nun der Kreuzweg der Kirche beginnt oder weitergeht“. So schrieb der Sekretär der Propaganda, Erzbischof Bernadini, im Fides-Dienst.

In dem Genfer Abkommen ist zugunsten der Bevölkerung ausgehandelt worden, daß zwischen den Zonen Freizügigkeit bestehen soll und daß im übrigen das Volk selbst durch freie Wahlen über sein Schicksal entscheiden soll. Was die Freizügigkeit angeht, sind bisher aus den Gebieten, die die Kommunisten schon in ihrer Gewalt hatten, keine Umsiedler eingetroffen, wie aus Indochina gemeldet wird. Man glaubt dort auch nicht, daß in Zukunft solche eintreffen werden. Es dürfte unmöglich sein, daß jemand diesen Wunsch äußert, geschweige denn durchführt. In den anderen Gebieten des Nordens, die bis zum Waffenstillstand von den Franzosen und den mit ihnen verbündeten Vietnamesen kontrolliert wurden, ist eine Umsiedlung größeren Ausmaßes wahrscheinlich undurchführbar. Die südvietnamesische Verwaltung brach unmittelbar nach dem Waffenstillstand zusammen, und die Vietminh suchen die Evakuierung zu verhindern. Es wird also bestenfalls ein paar tausend Menschen gelingen, nach Südvietnam zu entkommen. Das Volk in seiner Gesamtheit wird da bleiben müssen, wo es ist.

Das könnte vielleicht noch hingenommen werden, wenn die andere Hoffnung, die man auf die zukünftigen Wahlen setzt, nicht ebenfalls so gut wie illusorisch wäre. Wie in den Gebieten gewählt werden wird, die die Kommunisten von nun an auch de jure beherrschen, darüber wird niemand im Zweifel sein. Man hat jetzt zwei Jahre Zeit zur Vorbereitung dieser Wahlen. Und dann werden eine objektive Kontrolle, die Gewährleistung der freien Stimmabgabe und Geheimhaltung unter den örtlichen Verhältnissen nicht möglich sein. Es ist aber die Mehrheit der vietnamesischen Bevölkerung, die unter diesen Umständen wählen wird. In Südvietnam allerdings werden die Wähler die Möglichkeit haben, die Verhältnisse zu vergleichen. Viele befürchten aber, daß dieser Vergleich, wenigstens in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht, zugunsten des Nordens ausfallen wird, weil der Norden an und für sich fruchtbarer und reicher ist und weil sie damit rechnen, daß China und

unter Umständen auch Moskau Nordvietnam tatkräftiger unterstützen werden als der Westen Südvietnam. Und dann ist man sich in Vietnam darüber klar, daß die Kommunisten, wie auch immer die Wahlen ausgehen mögen, nichts mehr von dem preisgeben werden, was sie einmal in Besitz genommen haben.

Zur zukünftigen Gestaltung der religiösen Verhältnisse hat Ho Chi Minh folgende Grundsatzerklärung abgegeben: Jeder Bürger soll Freiheit der Religionsausübung und das Recht zur Verbreitung seiner religiösen Überzeugung haben, „soweit diese nicht der Unabhängigkeit und nationalen Freiheit des Landes und der sozialen Ordnung schadet“. Die Freiheit in der Ausübung des Gottesdienstes wird gewährleistet. Den Gläubigen wird das Bürgerrecht gewährt, „soweit sie ihre Bürgerpflichten erfüllen, das Gesetz achten, die Politik und Anordnungen der Regierung befolgen und sich an den Arbeiten zur Verteidigung und zum Wiederaufbau beteiligen“. Diese Erklärung über die Verleihung des Bürgerrechtes muß so verstanden werden, daß in Indochina die religiösen Gemeinden zugleich auch bürgerliche Vergemeinschaftungen mit eigenem Recht sind. Die Frage ist nun, inwieweit ihren Mitgliedern die volle Staatsbürgerschaft zuerkannt wird oder nicht.

Diese Erklärung des Führers der vietnamesischen Kommunisten erfüllt die Katholiken nicht sonderlich mit Vertrauen. Es könnte sein, daß er, solange die Wahlen noch nicht stattgefunden haben, auf die starken und geschlossenen katholischen Bevölkerungsgruppen im Gebiet des Roten Flusses mehr Rücksicht nimmt, als er das bisher in den Nordgebieten getan hat, die schon lange unter seiner Herrschaft stehen. Im Apostolischen Vikariat Langson, dem nördlichsten, sind sowohl der Bischof wie der Weihbischof interniert, die kommunistische Umschulung in vollem Gange und das religiöse Leben namentlich hinsichtlich der Glaubensverkündigung stark eingeschränkt. Aber der Wortlaut der Erklärung des neuen Staatschefs von Nordvietnam weist eine so starke Ähnlichkeit mit den Auffassungen anderer Volksdemokratien von Religionsfreiheit auf, daß sie wahrscheinlich auch nach dem Vorbild von ihnen, besonders von China, in die Tat umgesetzt werden wird. Die Flucht der katholischen Bevölkerung aus dem vor Wochen geräumten Gebiet südlich des Roten Flusses, die freilich meist in Hanoi endete und sich unter den erbarmungswürdigsten Verhältnissen vollzog, beweist, daß die Gläubigen selbst keine Hoffnungen haben. Die Preisgabe Indochinas wird aller Wahrscheinlichkeit nach eine endgültige sein und über die einheimische Kirche das gleiche Schicksal bringen, das die chinesische erlitten hat.

Aus den Missionen

Daß der einheimische Klerus in den Missionen an Zahl und Wert wachse. Missionsgebetsintention für Oktober 1954 Für eine universale Kirche ist die Schaffung eines einheimischen Klerus an und für sich eine Selbstverständlichkeit. Wenn es in der Neuzeit so vieler Mühen bedurfte, um die Notwendigkeit eines einheimischen Missionsklerus klarzumachen, so ist dies auch ein Beweis dafür, daß unsere neuzeitliche Mission, wie Kardinal Constantini einmal schrieb, eine gewisse koloniale Färbung angenommen hatte. Das zeigte sich auch darin, daß man

den „eingeborenen“ Klerus — das Wort „eingeborenen“ sollte man in diesem Zusammenhang heute nicht mehr benutzen — nicht bis zum Episkopat gelangen ließ. Innerhalb der Kirche hielt man ihn zur Erfüllung dieses Amtes nicht für fähig oder noch nicht für reif genug, und die Kolonialmächte waren dagegen, weil dadurch ihr System der „Betreuung“ der Eingeborenen erschüttert wurde. Heute wird über Recht und Notwendigkeit der unmittelbaren Schaffung eines landgeborenen Klerus und Episkopats nicht mehr diskutiert, wenn man sich auch darüber klar ist, daß bei Völkern, die aus primitiven Kulturen mit atemberaubender Schnelligkeit in den Bereich der westlichen Zivilisation überführt werden, die Kirche in der Übertragung von Verantwortung sich das Gesetz des Handelns nicht von einer solchen Entwicklung aus der Hand nehmen lassen kann. Wer aber die kirchliche Gesamtlage in Asien und Afrika überblickt, muß zu dem Urteil kommen, daß das Schicksal der Weltmission heute von der beschleunigten Entwicklung eines einheimischen Episkopats abhängt.

Es genügt nun nicht, daß der Klerus dem Blute und dem Boden nach einheimisch ist. Er muß auch in einer Kirche leben und wirken, die mit dem Volkstum des Landes eine enge Verbindung eingegangen ist. Sonst wird er von der antiwestlichen und antieuropäischen Stimmung in der farbigen Welt mit weggeschwemmt. Er darf keine europäische Vorbildung erhalten, die ihn seinem Volkstum entfremdet und damit zur apostolischen Arbeit ungeeignet macht. Niemand wird sich bald auch mehr zu einem Berufe drängen, der in seiner geistigen Haltung vom übrigen Volke als isoliert erscheint. Insofern ist die Lösung der sogenannten Akkommodationsfrage eine Vorbedingung für das organische Wachstum des einheimischen Klerus. Galt es vor Jahrzehnten noch als selbstverständlich, ehrenvoll und nützlich, bei der Vorbildung zum Priesterstand gleichzeitig zur europäischen Kultur emporgehoben zu werden, so wird dies heute bei der nationalistischen Welle, die durch die Welt der Farbigen geht, direkt als Makel, als kompromittierend empfunden. Die lateinische Kirche ist weit davon entfernt, das Anpassungsproblem gelöst zu haben. Die Krise der Mission in Asien, von der Erzbischof Roberts SJ, der ehemalige Oberhirte von Bombay, jüngst nach einer Reise durch den Osten sprach, wird sich allmählich auch auf Afrika ausdehnen. Die Zahl der Erwachsenenbekehrungen im Bereich der Propagandakongregation (für Asien 47 000 und für Afrika 350 171 im Jahre 1952/53) spricht deutlich für die schnelle Versteifung der Lage. Wenn heute die Weltbevölkerung jährlich um 24 Millionen wächst, so ist unmittelbar ersichtlich, daß die Glaubensverbreitung von diesem Mehr an Menschen kaum etwas gewinnt. Es ist sicher falsch, wenn man die wachsenden Schwierigkeiten der Missionsarbeit nur auf den Mangel an Anpassung zurückführt. Es wirken hier viele Faktoren mit. Aber es geht auch nicht an, daß man dieses entscheidend wichtige Problem unterbewertet und erklärt, es werde heute viel zu viel von Anpassung geredet und geschrieben. Man dürfe das Missionsproblem nicht in das Anpassungsproblem auflösen. Es gelte vielmehr, Christus, und zwar den Gekreuzigten, zu predigen. Niemand bestreitet dies, aber man kann für die Botschaft vom Gekreuzigten nicht werben, wenn der übernationale Charakter der christlichen Botschaft nicht transparent ist. Die Kirche darf keinem Volke ein fremdartiges kulturelles Gesicht zeigen, und es ist offensichtlich, daß die

Schwierigkeiten bei der Schaffung eines einheimischen Klerus unlösbar bleiben, wenn die kulturelle Katholizität der Kirche nicht realisiert wird.

Die Lage kennzeichnet die Erklärung des Sekretärs der Propaganda, Erzbischof Bernardini, vom 26. Mai 1954 vor den Vertretern der internationalen katholischen Organisationen und der großen Missionsorden: „... Neue und schwere Probleme stellen sich augenblicklich in einer Kompliziertheit und Schärfe, wie wir sie bisher nicht gekannt haben, besonders hinsichtlich einer beschleunigten Anpassung, die ins Werk gesetzt werden muß, um die jungen Kirchen in ihrem psychologischen und völkischen Boden zu verwurzeln, in Einklang mit den von Sr. Heiligkeit Papst Pius XII. klar gegebenen Richtlinien: ‚Der Charakter, die Überlieferungen, die einheimischen Gebräuche müssen unverletzt bleiben, soweit sie mit dem göttlichen Gesetz vereinbar sind. Der Missionar ist Apostel Jesu Christi. Es ist nicht seines Amtes, die spezifisch europäische Zivilisation in die Missionsländer zu verpflanzen...‘ Dasselbe hat Kardinal Costantini in dem lapidaren Satz zusammengefaßt: ‚Christianisieren ist nicht okzidentalisieren.‘“

Die Auffassung eines indischen Bischofs

Es ist lehrreich, über diese Frage die Stimme eines einheimischen indischen Bischofs zu vernehmen, der Mitglied eines nationalen Episkopates ist, von dessen 65 Mitgliedern heute schon 40 Inder sind. Bischof Léonard Raymond von Allahabad schrieb in der Jesuitenzeitschrift „America“ (8. Mai 1954): „In der Welt hat sich im letzten halben Jahrhundert eine große Entwicklung vollzogen. Es sei an den Fall des hervorragenden Chinamissionars der Vinzentiner, P. Vinzenz Lebbe (1877 bis 1940), erinnert. Er predigte die Notwendigkeit der Schaffung einer einheimischen Hierarchie und die dem westlichen Missionar obliegende Verpflichtung, dem Osten Christus und nicht die westliche Kultur zu verkündigen. Die Ideen von P. Lebbe sind heute Gemeingut der Missionspolitik. Als P. Lebbe es aber in der ersten Dekade unseres Jahrhunderts wagte, sie vorzulegen, rief er eine unbeschreibliche Aufregung hervor. Aus der Stellung eines Generalvikars seines Sprengels wurde er in eine Kaplanstellung zurückversetzt und mußte schließlich China verlassen. Tatsächlich war es das Werk einer gütigen Vorsehung, daß P. Lebbe nach Europa zurückkehrte. Dort konnte er hauptsächlich durch die Missionswissenschaftlichen Wochen zu Löwen seine Ideen verbreiten, bis er Gehör fand und der Heilige Stuhl sich auf seine Seite stellte. Gott ist immer imstande, unsere Kastanien aus unserem Feuer zu holen. Wäre aber vor 40 Jahren eine genügende Kenntnis der Missionsprobleme in Europa gefördert worden, so hätten manches Herzeleid, manche verbitterte Gegenrede und mancher Skandal vermieden werden können. Wenn man über die geschichtlichen Möglichkeiten der Vergangenheit nachdenkt, so schaudert man bei dem Gedanken, was aus der Kirche Chinas, ja des ganzen Ostens geworden wäre, wenn P. Lebbe nicht gelebt, gewirkt und so viel gelitten hätte.“

Der zahlenmäßige Stand des einheimischen Klerus

In der Zeit von 1923, wo in Indien der erste einheimische Bischof der Neuzeit in der lateinischen Kirche geweiht wurde, bis heute hat der einheimische Episkopat in den Gebieten der Propagandakongregation beinahe die Zahl Hundert erreicht. Eine Gesamtstatistik über den einhei-

mischen Klerus aus dem Jahre 1953 ist in Vorbereitung, liegt aber zur Stunde noch nicht vor. Zählte man 1923 4516 einheimische Priester (35,6% aller Missionare in den Gebieten der Propagandakongregation), so waren es 1949 11139 (41,5%). Nach der Vertreibung der westlichen Missionare aus China dürfte auch bei Berücksichtigung der Vermehrung der ausländischen Missionare namentlich in Afrika der einheimische Klerus sich dem Stande von 50% aller Missionare nähern. Das ist immerhin ein bedeutendes Ergebnis. Besonders bemerkenswert ist das Wachstum des einheimischen Klerus in Afrika, dem man wegen der Vorschrift des Zölibats vor einigen Jahrzehnten vielerorts wenig Entwicklungsmöglichkeiten gab. Von 1923 bis heute stieg im Bereich der afrikanischen Missionskirche die Zahl der einheimischen Priester von 159 auf 1443. Nachdem einmal die Anfangsschwierigkeiten überwunden sind, wird sich der afrikanische Klerus voraussichtlich in wachsender Progression vermehren, wie die Zahlen der letzten zwei Jahre zeigen. In Französisch-Afrika stieg die Zahl der landgeborenen Priester in diesen zwei Jahren von 34 auf 345. Leider steht Madagaskar an letzter Stelle in der Wachstumstabelle des einheimischen Klerus in den französischen Gebieten, während die Ergebnisse in Zentral- und Ostafrika besonders erfreulich erscheinen. Südafrika ist noch immer schwerer Boden. In Japan und Südkorea geht die Entwicklung voran, obwohl der Rückschlag durch die Verfolgung und die Wirren in Korea noch lange nicht überwunden ist. Vor allem ist bisher in Südkorea der Einbau der Priestererziehung in das nationale Bildungssystem noch weit zurück, während er in Japan gelungen zu sein scheint. Französisch-Indochina war der fruchtbarste Nährboden für einheimische Priesterberufe im Fernen Osten, wie auch die Kirche von Vietnam auf dem besten Wege war, eine kulturelle Synthese zwischen Abendland und Morgenland in Gestalt eines eigen geprägten Christentums zu bilden. Es ist für die Kirche Vietnams mit ihren 1500 einheimischen Priestern und ihrem bis zu den Wirren überaus befriedigenden Priesterwachstum ein furchtbares Verhängnis, daß sie mit ihrem Kern im Norden lag, der jetzt den Kommunisten geopfert wurde. Von den 5501 Priestern Indiens sind schon 4000 Einheimische. Unter ihren 1956 Mitgliedern in Indien zählt die Gesellschaft Jesu allein 880 Einheimische. In diesem Zusammenhang darf auf die Schaffung eines großen katholischen Universitätszentrums in der indischen Stadt Poona hingewiesen werden. Hier werden das Päpstliche Zentralseminar für Indien, das sich bisher auf Ceylon befand, und das Nobili-Kolleg der Gesellschaft Jesu zu einer großen Priestervorbildungsanstalt mit einem qualifizierten Professorenstab und reichen Lehrmitteln zusammengelegt. Es werden dort junge Leute aus vielen Ländern der westlichen Welt zusammen mit Indern, die die überwältigende Mehrheit der Studentenschaft darstellen, in engster Lebens- und Studiengemeinschaft sich auf das Priestertum vorbereiten. Eine Anzahl anderer Orden verlegt ebenfalls die Vorbereitungshäuser nach Poona, so daß hier eine Studienanstalt entsteht, die hofft, mit der Gregorianischen Universität zu Rom wetteifern zu können und das derzeit bedeutendste Kulturzentrum der Kirche im Osten zu werden.

Nachwuchsfragen

Im allgemeinen melden die bestehenden Seminare, daß sie leicht mehr junge Leute aufnehmen könnten, wenn

Räumlichkeiten und finanzielle Mittel vorhanden wären. Das Päpstliche Werk für den einheimischen Klerus, die Hauptstütze der Seminarien, gewährte im Jahre 1953 4084 Theologen und Philosophen in 85 Priesterseminarien den Unterhalt. Vom gleichen Werk wurden 13 958 Studenten der Gymnasialkonvikte unterstützt. Die Priesterseminare werden heute auf Anordnung Roms fast überall als Regionalseminarien für größere Gebiete geführt, um so eine gediegenere asketische und wissenschaftliche Bildung vermitteln zu können. In der Südsee, wo dieses System bisher wegen der großen Entfernungen auf Schwierigkeiten stieß, soll es jetzt auch durchgeführt werden. Die große Klage des Petruswerkes ist, daß ihm die von den Seminarleitungen angeforderten Mittel weithin fehlen, so daß mancherorts Berufe abgewiesen werden müssen. Die Anforderungen der Seminare, die durch den Missions-episkopat geprüft und geltend gemacht werden, betragen 1953 5,6 Millionen Dollar. Das Werk sammelte aber im gleichen Jahr trotz seiner Organisation in 42 Ländern nur 3,3 Millionen Dollar.

Auf der Grundlage der Zahlen von 1949, wo man 3870 Theologen und Philosophen in den Missionen zählte, hat ein römischer Jesuit ausgerechnet, daß bei einem Abgang von 25% der sogenannten Großen Seminaristen, die vor der Weihe ausscheiden, die Missionen einen jährlichen Zuwachs von 360 einheimischen Priestern erhalten. Unter Berücksichtigung der Lücken im einheimischen Klerus, die der Tod reißt und die von den Neupriestern ausgefüllt werden müssen, ergäbe sich jährlich ein absolutes Mehr von nur 60 Priestern. Die Rechnung hat ihre Fehlerquellen, aber sie zeigt doch, wie ungenügend die Zugänge sind. Es ist hier auch zu bemerken, daß nach den Feststellungen des Generalsekretariats des St.-Petrus-Werkes in Rom von 441 Missionsprengeln der eigentlichen Heidenmission nur 216 überhaupt eine Vorbildungseinrichtung für Priester (Kleines Seminar) haben.

Zölibat

Von den Schwierigkeiten, denen die Heranbildung des einheimischen Klerus begegnet, sollen hier nur jene angeführt werden, die heute besonders erörtert werden. Der Schwerpunkt der Priesterbildung in den Missionen liegt auf der sittlich-religiösen Erziehung. Deshalb hat man auch zwischen die Studienjahre gewöhnlich ein paar Probejahre in der Seelsorgehilfe eingeschoben, um ein sicheres Urteil zu haben, ob der Kandidat die großen Pflichten des katholischen Priestertums auch wirklich auf sich nehmen kann. Man kann nicht sagen, daß der Zölibat in den Missionen kein Problem mehr ist. Bei dem Nachwuchs, der aus direkt heidnischem Milieu kommt, machen sich sicherlich hereditäre Einflüsse bemerkbar. Bevor diese überwunden sind, ist an den Aufbau eines zölibatären Klerus nicht zu denken. Das ganze Leben des Heidentums etwa in Afrika schafft keine günstigen Vorbedingungen für den sittlichen Kampf der Jugend in den Seminarien. Aus dem Kongo schrieb vor kurzem der Leiter eines einheimischen Kleinen Seminars: „Man muß immer mit Nachdruck darauf hinweisen, daß der sicherste Wall der Keuschheit die Scham ist. Hat sie der Kleine Seminarist im Kongo je gekannt? Ach, sie fehlte in seinem Elternhaus, bei seinen kindlichen Spielen, den Unterhaltungen, im öffentlichen Leben und besonders bei den nächtlichen Festen. Eine offene Stadt läßt sich schwerer als eine Festung verteidigen. Gott allein weiß die Leiden der in-

neren Kämpfe, die sich in den Herzen unserer jungen Schüler abspielen.“

Das größte Hindernis für die Wertung des Zölibats ist der kollektive Widerstand der öffentlichen Meinung bei Hoch- und Primitivkulturen gegen die Ehelosigkeit um Gottes willen. Die Missionare hatten diesen Einfluß lange unterschätzt. Das war in der Zeit, als man den ethnologischen Gegebenheiten nicht immer die nötige Aufmerksamkeit zuwandte. Erst wenn das Leben nach dem Gesetz des Zölibats als eine Erscheinung sittlichen Heldentums und sozialer Fruchtbarkeit eine Bresche in die kollektiven Anschauungen gegenteiliger Art gerissen hat, bricht das Verständnis für das ehelose Priestertum der lateinischen Kirche durch. Hier haben vor allem die blühenden weiblichen Ordensgenossenschaften unter den Einheimischen wertvollste Hilfe geleistet, indem sie den Idealismus und die selbstlose Nächstenliebe eines gottgeweihten Lebens zeigten.

Bildungsfragen

Als die Welle des Europäismus über die Missionsländer hinwegging, konnte man leicht auch in der Seminarerziehung die Widerstandskräfte der überrannten einheimischen heidnischen Kulturformen unterschätzen. Jetzt, wo die rückläufige Bewegung eingesetzt hat, wird klar erkennbar, daß mit der Übernahme der westlichen technischen Zivilisation bei den zur Selbstbestimmung kommenden Völkern das Kulturproblem nicht gelöst ist. Wo die Kultur nicht organisch wächst, kommt es zwangsläufig dazu, daß nichtverarbeitetes einheimisches Kulturgut wieder nach oben drängt. Diese Erscheinung macht sich besonders in Afrika bemerkbar, und die nationalistische Bewegung verstärkt diese Entwicklung. Bei den heidnischen Hochkulturen in Asien wird dagegen in der Seminarerziehung besonders die Tatsache empfunden, daß das Christentum noch nicht ausreichend im Kulturboden verankert war, als die antiwestliche Bewegung immer kraftvoller sich bemerkbar machte. Unsere Seminarerziehung in den Missionen hat noch immer einen starken europäischen Anstrich. Das kommt sowohl in der äußeren Form und Disziplin der Erziehung zum Ausdruck, selbst wenn einsichtige und volkskundige ausländische Seminarleiter bewußt diese Gefahr zu vermeiden trachten, als auch vor allem in der Lehrbuchfrage.

Besonders groß sind hier die Schwierigkeiten in Afrika, wo man die Gestalt der kommenden Kultursynthese noch nicht voraussehen kann, wo die Mission in immer neuen Völkern mit den verschiedensten Sprachen und Kulturgrundlagen heute das Werk der Priestererziehung beginnt, wo vor allem eine einheimische Literatur erst im Entstehen ist.

Das Schwarze Afrika war ja bis vor kurzem fast literaturlos. In 118 von den 302 afrikanischen Sprachen war 1939 überhaupt erstmalig ein Buch erschienen, in 94 Sprachen erst 2 bis 10 Bücher, und bis vor einem Menschenalter war die einheimische Literatur dieser Gebiete nur von Nichtafrikanern verfaßt, wenn man von wenigen Ausnahmen absieht. Die Mission ist so genötigt, noch mit europäischen Lehrbüchern beim Unterricht in den Priesterseminaren zu arbeiten. Das bedeutet, daß die Kenntnis europäischer Fremdsprachen zum Verständnis des Unterrichts Voraussetzung ist. Noch aber ringt die Mission im Schwarzen Afrika mit dem Problem, wie man christliche Sonderbegriffe in den einheimischen Sprachen adäquat ausdrücken kann. Es besteht hier immer die Ge-

fahr, daß man eine allzu intellektualistische Bildung westlicher Färbung vermittelt, die nicht in die letzten Tiefen der einheimischen Psyche hinabdringt. Die Aneignung des Lateinischen kostet nicht nur in Ostasien große Mühe. Man ist sich in Missionskreisen auch immer mehr bewußt geworden, daß die innere Aneignung einer Sprache eine genaue Kenntnis ihrer Kulturgrundlagen bedingt. Uns ist die lateinische Kultur durch die Verbindung unserer Kultur mit der Antike geläufig, aber nicht Völkern, die eine ganz andere kulturelle Entwicklung genommen haben. Wenn man dann noch vielfach die Einheimischen erst mit einer modernen westlichen Fremdsprache bekannt machen muß, um ihnen den Zugang zum Lateinischen zu erschließen, so kann dies für die lebendige Aneignung der christlichen Lehre nicht vorteilhaft sein. Je mehr kulturelle Medien fremder Art eingeschaltet werden müssen, um die geistige Welt der hochentwickelten Kirche von heute vertraut zu machen, desto unsicherer wird es, ob die Wurzeln der christlichen Bildung so tief gesenkt wurden, daß sie bei Auftauchen kultureller Reaktionen aus den Urtiefen der Völker nicht gelockert werden. Es kann leicht zwischen der aufgepfropften fremdartigen Bildung und dem volksverbundenen Denken des zukünftigen Priesters eine seelische Kluft entstehen, die unüberbrückt bleibt.

Im Bereich der asiatischen Hochkulturen, die das Christentum tatsächlich noch nicht von innen gemeistert hat, liegt solche Gefahr besonders nahe, und man kann die seelischen Spannungen des einheimischen Klerus in einer Zeit wie der heutigen verstehen, wo der einheimische Nationalismus um eine Renaissance der ererbten Anschauungen, Kultur- und Lebenswerte bemüht ist. Der Priester, der in einer abgeschlossenen Seminarerziehung von etwa 16 Jahren eine kulturelle Erziehung erhält, die ihn zwangsläufig „anders“ werden läßt als seine mehr oder weniger gebildeten Volksangehörigen, die in der heidnischen bzw. heute schon in der neuheidnischen Welt leben, wird auch seine eigenen Schwierigkeiten im Apostolat haben, abgesehen von den Problemen des gesellschaftlichen Verkehrs, die besonders in Afrika groß sind, weil der Priester vielfach an Bildung in einsame Höhen heraufentwickelt wurde. Das große Problem der Akkommodation beschattet so die ganze priesterliche Erziehung.

Man darf hier auch nicht die Probleme der innerkirchlichen Anpassung übersehen. Bei der Eröffnung des St.-Petrus-Kollegs in Rom, das einheimischen Priestern der Missionsländer während ihrer römischen Studien ein Heim bietet, sagte Kardinal Costantini (Osservatore Romano, 30. 6. 1947): „Alexander der Große nahm nach dem Sieg über Darius einen von dessen kostbaren Schreinen und legte die Gedichte Homers hinein. So wollte er die orientalische Kultur mit dem hellenischen Geiste schmücken und seinerseits die Hellenen mit dem Glanz des orientalischen Kleides bereichern. Wir übergeben unseren Priesterkandidaten den hl. Thomas, damit sie ihn in den Schrein ihrer Kultur legen.“ Wenn man diese Worte durchdenkt, so wird klar, daß die Lehre des hl. Thomas, in den Elementen einer anderen Kultur gestaltet, nicht wie ein Fremdkörper in der lebendigen Kultur der missionierten Völker verharren darf und kann. Leben muß hier zu Leben finden. Heute ist die Zeit gekommen, wo diese lebendige Vermählung der Lehre des hl. Thomas mit dem echten und wahren Geistesgut der missionierten Völker unabdingbar geworden ist.

Die Lehrbuchfrage

Wie schon angedeutet, werden heute noch in den Priesterseminarien der Missionsländer gemeinhin die Lehrbücher dem Unterricht zugrunde gelegt, nach denen auch unsere Priesterkandidaten im Westen gebildet werden. Es gibt einige bemerkenswerte Ausnahmen, zu denen auch die Dogmatik von P. Maurus Heinrichs gehört, die für chinesische Priester geschrieben wurde. Daß die Vorlage abendländischer Lehrbuchtexte kein Ideal darstellt, mag ein kleines Beispiel erläutern. Der Jesuitenpater Bairy aus Japan berichtete auf der 22. Missionswissenschaftlichen Woche zu Löwen: „Ein scholastisches System (wird vorgelegt), das ohne Zweifel dem Geist westlicher Logik zusagt, das aber für die ganz auf Komplementäres und nicht auf Gegensätzliches angelegte orientalische Geisteshaltung fast undurchdringlich bleibt. Eine Japanerin, die das Französische vollkommen beherrschte, gestand, daß sie die theologischen Erklärungen des japanischen Professors nicht verstand, sich aber leicht in der französischen Ausgabe der Dogmatik von Bartmann, die man ihr geliehen hatte und deren Katholizismus zunächst westlich, ja französisch und dann erst japanisch war, zurecht fand. Müssen wir das bedauern, kritisieren? Nein, es handelt sich um einen inneren Prozeß, der jetzt sich aufdrängt, denn alles ist hier anders, vom Blumenstrauß vor dem Marienaltar bis zum Begreifen jenes transzendenten Wesens, das für uns Gott bedeutet.“

Nachteiliger bei der Benutzung abendländischer Lehrbücher ist vielleicht noch, daß in ihnen das Wahre, Gute und Schöne anderer Kulturen noch nicht aufgearbeitet ist. Professor Dr. Ohm beklagt dies in der Besprechung des III. Bandes der Katholischen Dogmatik nach den Grundsätzen des hl. Thomas von Franz Diekamp (11. u. 12. Auflage, herausgegeben von Klaudius Jüssen) in der „Zeitschrift für Missionswissenschaft und Religionswissenschaft“ (1/1954, S. 81): „Wie wäre es, wenn unsere Dogmatiker mehr Blicke in die Mission und in die Missionswissenschaft hinein täten als bisher? Würden ihre Bücher nicht dadurch an Lebendigkeit gewinnen? Würden sie auf diese Weise nicht für Tausende von Missionaren, unter denen sicher viele sind, die den ‚Diekamp‘ benutzen, an Aktualität gewinnen? Bis jetzt atmen unsere dogmatischen Lehrbücher weithin abendländischen Geist. Ich könnte mir unter einer katholischen Dogmatik ganz etwas anderes vorstellen..., nämlich ein Buch, das so treu wie möglich die Schrift, die Tradition, die Äußerungen des kirchlichen Lehramtes, die Lehre des Aquinaten wiedergibt und interpretiert und dabei doch auf die Fragen sowie die entgegenstehenden und entgegenkommenden Anschauungen der Asiaten und Afrikaner eingeht, ein Buch, das offen und weit ist gegenüber allem Wahren, allen *logoi spermatikoi* in der ganzen Welt, ein Buch, durch das auch ein Hauch aus dem Osten weht, ein Buch, das beim hl. Thomas von Aquin aufzeigt und betont, was dem Osten kongenial ist und von den Menschen des Abendlandes bei Thomas so leicht übersehen oder nicht genügend beachtet wird, ein Buch, das auch etwa von den Lehrbüchern der Dogmatik weiß, die im Osten erschienen sind und dem Osten entsprechen. Das soll den Wert des vorliegenden Buches in gar keiner Weise herabsetzen, aber es erscheint mir dringlich, die Vertreter der Dogmatik daran zu erinnern, daß die europäische Periode der Kirche zu Ende ist oder zu Ende geht, daß die intensive und essentialiter universale Kirche jetzt

auch praktisch immer universaler wird, daß die Kirche heute eine Dogmatik braucht, die der neuen Situation um den in die Kirche eingehenden Völkern gerecht wird, so wie die Schriften des hl. Thomas (Summa contra gentiles; De rationibus fidei contra Saracenos, Graecos et Armenos) der Mission seiner Zeit gerecht geworden sind oder wenigstens gerecht zu werden bemüht waren.“ Ähnliches könnte auch für andere Disziplinen der Theologie gesagt werden, deren im Abendland und für das Abendland geschriebene Lehrbücher die Theologiestudierenden in den Missionen benutzen. Es sei hier nur an Moral und Kirchengeschichte erinnert. Wir können die jungen Priester der Missionskirchen nur dann zu einer wirklich universalen Schau ihrer Kirche führen und ihnen in einer Zeit des antieuropäischen Affekts die Besorgnis nehmen, daß wir sie europäisieren wollen, wenn in unseren Lehrbüchern, die wir ihnen vorlegen, der Geist einer echten kulturellen Universalität lebt, der auf die neue Situation der Kirche in der Welt ausgerichtet ist.

Heimatvertriebene in Asien Obwohl wir alle wissen, daß die Barbarei, Menschen aus ihrer angestammten Heimat zu vertreiben oder ihnen ein freies Leben in ihrer Heimat unmöglich zu machen und sie zur Flucht zu zwingen, nicht auf Europa beschränkt ist, denken wir, wenn von den Heimatvertriebenen die Rede ist, doch häufig allzu ausschließlich an das Schicksal der Deutschen. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß es sich in dieser Sache um ein weltweites Phänomen unserer Zeit handelt, wird verständlich, daß dieses Unrecht auch wohl nur in weltweiter Verständigung und das heißt durch einen allgemeinen echten Frieden zwischen den Völkern wiedergutmacht werden wird.

Der „Osservatore Romano“ teilte am 28. Juli 1954 aus den Quellen des Hochkommissariates der ONU, des internationalen Amtes für die Heimatvertriebenen, einige Zahlen mit, die das Ausmaß dieses Problems verdeutlichen. Allein in Indien und Pakistan haben durch die Trennung der beiden Länder 15 Millionen Menschen ihre Heimat verloren; sie mußten teils nach Indien, teils nach Pakistan auswandern. Über Korea stehen noch keine genauen Zahlen zur Verfügung. In Vietnam ist der Strom der Flüchtlinge und Umsiedler eben jetzt in Bewegung gekommen. Sein Ausmaß ist noch nicht abzusehen. Aber auch in den anderen Ländern Südasiens fluten Menschenströme entwurzelt hin und her. In Burma verloren im Zuge kommunistisch infiltrierter Bandenkriege, soweit die Behörden die Zahl erfaßt haben, 210 608 Menschen die Heimat. In Malaya wurden ebenfalls wegen andauernder Bandenkämpfe 423 000 Menschen umgesiedelt. Thailand hat bis zur letzten Statistik etwa 50 000 geflohene Vietnamesen aufgenommen. Groß und der Zahl nach kaum zu erfassen ist auch die Menge der Chinesen, die durch den kommunistischen Umsturz die Heimat verloren. In Rom schätzt man sie auf 12 Millionen (Cath. Herald, vom 25. 6. 1954). Das Zentrum dieses Flüchtlingselends ist Hongkong. Die Bevölkerung dieser britischen Kolonie war schon, solange die Grenze noch leichter überschreitbar blieb, um etwa 721 000 Menschen gewachsen, von denen nach offiziellen Angaben zwischen 80 und 300 000 in ihrem Leben bedrohte Flüchtlinge aus China waren. Chinesen sind aber auch in alle anderen benach-

barten und überseeischen Länder geflohen, wo sie zum Teil bei ihren dort ansässigen Verwandten und Freunden Hilfe fanden, so daß ihre Zahl nicht in Erscheinung tritt. Einer der krassesten Fälle des gegenwärtigen Flüchtlingselends, unvergleichbar hart und für die Betroffenen ausweglos, spielt in Jordanien, wo die arabischen Flüchtlinge aus Israel in Elendslagern in der Wüste dahinvegetieren, ohne daß sie die Hoffnung hätten, in diesem armen Lande eine neue Existenz zu finden.

Die philippinischen Bischöfe über die Bekämpfung des Kommunismus In einem Bericht des administrativen Rates der katholischen Wohlfahrtsorganisation auf den Philippinen wird von den Bischöfen gegen gewisse

Methoden der Kommunistenbekämpfung Stellung bezogen. In der Botschaft wird verlangt, daß die Handlungsnormen gegen die kommunistische Zersetzungspolitik durch Vernunft, Ruhe und Besonnenheit gekennzeichnet seien. Unterschiedslose öffentliche Untersuchungen, die einzelne Personen oder ganze Personengruppen offen bezichtigen, mit dem Kommunismus zu sympathisieren, seien so lange unmoralisch, wie sie keine Beweise erbrächten. Alle Auskünfte und Indizien müssen aus zuverlässiger Quelle stammen und dürfen nicht als Verdächtigungen weitergegeben werden. Sie sollen vielmehr den eigenen Behörden mitgeteilt werden, die allein mit legalen Mitteln die kommunistische Infiltration bekämpfen können. Derartige Auskünfte und Angaben sollen einzig auf diesen Zweck ausgerichtet sein und so gehalten werden, daß schuldlose Personen dabei nicht gefährdet werden können.

Die Rolle, die der Kommunismus heute spielt, erklären die Bischöfe, lasse es als eine sehr ernsthafte Angelegenheit erscheinen, jemanden zum Kommunisten zu stempeln. Eine solche Anklage in aller Öffentlichkeit gegen eine unbeteiligte Person auszusprechen, könne schweren, manchmal nicht wiedergutzumachenden Schaden nach sich ziehen. Auch die Dringlichkeit, mit der die rote Gefahr bekämpft werden muß, bedeute keinen Freibrief, mit zweifelhaften Mitteln Erfolge zu erzielen.

Immerhin darf nicht vergessen werden, fährt der Bericht fort, daß der Kommunismus eine Bewegung ist, die die gänzliche Zerstörung unserer sozialen und politischen Ordnung bezweckt und daß zur Verbreitung und Verwirklichung seiner Doktrin auch die Verschwörung benutzt wird. Verräterische Verschwörung aber ist ihrer Natur nach geheim. Daraus ergibt sich, daß zuweilen Indizien auf ihre Existenz hinweisen können, die jedoch vor Gericht nicht als ausreichende Beweisgründe gelten. In solchen Fällen, erklären die Bischöfe, haben Bürger demokratischer Staaten, die im Besitze solcher Indizien sind, nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die Behörden aufmerksam zu machen, damit entsprechende Vorkehrungen getroffen werden können. Doch gerade in solchen unsicheren Fällen verlangen die Bischöfe gewissenhafte Vorsichtsmaßnahmen, damit nicht Schuldlose verdächtigt werden. Die Untersuchungen sollen nur von amtlicher Seite und mit der striktesten Vertraulichkeit geführt werden, solange nichts erwiesen ist. Wenn diese Bedingungen erfüllt werden, schließt der Bericht, wird wenigstens das Vertrauen in die Demokratie nicht erschüttert werden.

Ökumenische Nachrichten

Zur Exposition der Weltkonferenz von Evanston Am Feste Mariä Himmelfahrt wurde zu Evanston die 2. Vollversammlung des Weltrates der Kirchen — sechs Jahre nach der Gründungsversammlung in Amsterdam — durch einen feierlichen Gottesdienst sämtlicher 600 Hauptdelegierter, dazu der Berater und Besucher, in der Ersten Methodistischen Kirche eröffnet. Die Predigt hielt der Methodistenbischof Bromley Oxnam, zugleich einer der sechs Präsidenten des Weltrates der Kirchen.

Die erste formelle Sitzung der Vollversammlung begann am Nachmittag in der dafür vorgesehenen McGawn Memorial Hall der Nordwest-Universität. Den Vorsitz führte ein anderer Präsident des Weltrates, Pfarrer Marc Boegner, Präsident des französischen Protestantismus. Er erteilte gemäß dem Programm das Wort an den Bischof Leslie Newbiggin von der „Kirche von Südindien“, der während der letzten Jahre die theologische Kommission des Weltrates geleitet hatte und nun, zusammen mit dem Amerikaner L. Calhoun und dem Deutschen Edmund Schlink, die Vorlage über das Generalthema „Christus — die Hoffnung der Welt“ vortrug, über die wir im letzten Heft berichtet haben. Beide betonten in scharfer Antithese zu dem üblichen Lebensstil amerikanischer Christen, daß die Hoffnung des Christen gemäß dem Neuen Testament auf das Ende dieser Welt und nicht auf ihre Verbesserung gerichtet ist. Damit haben sie sich für amerikanische Begriffe in die Kategorie der Adventisten begeben, die übrigens bereits aus dem Generalthema von Evanston Kapital schlagen.

Der Generalsekretär des Weltrates, Dr. Visser 't Hooft, erstattete am Montag seinen Bericht, in dem er u. a. erklärte, der Weltrat habe keineswegs die Absicht, die nicht römisch-katholischen Christen zu einer Art Superkirche zusammenzufassen und in Gegensatz zum Vatikan zu treten. Er gab seiner „Überraschung“ Ausdruck, daß Rom keine Beobachter nach Evanston entsandt hat.

Die Vorkonferenzen, die die einzelnen großen konfessionellen Gruppen gleichsam als Fraktionssitzungen abgehalten haben, lassen etwas von der Exposition erkennen.

Die Antwort an Kardinal Stritch

Zunächst ist die Entgegnung nachzutragen, die der Generalsekretär des Weltrates, Dr. Visser 't Hooft, gemeinsam mit dem Exekutivsekretär, Dr. McCrea Cavert, auf den Hirtenbrief des Kardinalerzbischofs von Chicago, Msgr. Samuel Stritch, veröffentlicht hat. Diese Erklärung wird der Tatsache nicht ganz gerecht, daß der Hirtenbrief, wie es jetzt der volle Wortlaut ergibt, erst in zweiter Linie von der Ökumenischen Bewegung handelt. Er wurde am Peter-und-Pauls-Fest datiert und entwickelt auf mehr als der Hälfte seines Umfanges die katholische Lehre vom Primat Petri, von der apostolischen Sukzession der Bischöfe und der niemals unterbrochenen Kontinuität und Einheit der Kirche sowie ihrem unwandelbar festgehaltenen Offenbarungsgut, das auch in den unleugbaren Übeln des 15./16. Jahrhunderts nicht preisgegeben worden ist. In diesem Zusammenhang erwähnt der Kardinal die große Publizität, die bereits die bevorstehende Weltkirchenkonferenz in der amerikanischen Presse gefunden hatte, so daß, wie er ausdrücklich sagt, seine Diözesanen mit den Vorgängen vollauf vertraut seien.